

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die erste gesetzgeberische Leistung der Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Vossische Zeitung“ einen Artikel, der die Reichstagsdebatte vom 11. d. M. berichtet. Derselbe vergleicht das Arbeiterschutzgesetz, welches die Sozialdemokraten eingebracht haben, mit den Vorschlägen des Zentrums und der Konservativen zur Gesetzgebung, die in ähnlicher Richtung gestellt worden sind.

Bei dieser Vergleichung kommen die Vorschläge der Sozialdemokraten noch gut weg, da sie präzisere Form und größere Klarheit, als die liberal-konservativen Vorschläge hätten. Auch zögen sie die vollen Konsequenzen.

In dem Vorschlage, ein Reichsarbeitsamt, Arbeiter- und Arbeiterkammern und Schiedsgerichte einzurichten, übertrifft die „Vossische Zeitung“ die „sozialistische Organisations- und Arbeit“, während doch in der That nichts anderes durch diese Einrichtungen erstrebt wird, als eine organisierte Überwachung der Arbeit.

Es berührt übrigens recht wohlthuend, daß die „Vossische Zeitung“ ein gewisses Verständnis für den Minimal- und Maximalismus zu haben scheint. Während nämlich die übrigen liberal-freisinnigen Organe mit Beserkelwuth gerade über diesen Vorschlag hergefallen sind und ihn als den Auswuchs aller Unvernunft und als radikalen Umsturzgedanken angesehen haben, bemerkt die „Vossische Zeitung“ recht richtig, daß alle diejenigen nichts gegen einen solchen Vorschlag einwenden könnten, welche dem Staate das Recht zuerkennen wollten, dem Waldbesitzer eine gewisse Rente zu zahlen.

Daß der Vorschlag undurchführbar sei, wie die Konservativen behaupten, davon steht in dem leitenden Organ der deutsch-freisinnigen Partei kein Wort.

Man sieht also, daß in der „Voss. Ztg.“ nichts von dem in der genannten Partei üblichen Selbstüberhebung zu sehen ist, wenigstens nicht in Hinblick auf den sozialdemokratischen Vorschlag, daß sich vielmehr das deutsch-freisinnige Blatt einer objektiven Behandlung desselben befließt.

Daß die „Voss. Ztg.“ den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der in der bescheidenen Masse eines Abänderungsantrags zur Gewerbeordnung gehüllt sei, in scharfen Gegensätzen zu den auf diesem Felde gestellten Anträgen der Konservativen und Liberalen bringt, ist nicht zu verwundern. Dagegen aber verurtheilt das freisinnige Blatt die Anträge Adernann und Genossen in Bezug auf das Innungswesen. Mit dieser Beurtheilung sind wir ja einverstanden.

trüge Adernann und Genossen in Bezug auf das Innungswesen. Mit dieser Beurtheilung sind wir ja einverstanden.

Durch die Verquickung mit dem Innungswesen werden auch selbstverständlich die übrigen konservativen Anträge zur Gewerbeordnung, die an sich nicht unbedingt von der Hand zu weisen sind, reaktionär und gefährlich. Doch darüber haben wir uns schon zu wiederholten Malen geäußert.

Nun noch einige Worte zu der sonderbaren Ueberschrift: „Die erste gesetzgeberische Leistung der Sozialdemokratie“.

Die „Tante Voss“ ist doch wahrlich alt genug, um wissen zu können, daß die Behauptung, man habe es hier mit der ersten gesetzgeberischen Leistung der Sozialdemokratie im Reichstage zu thun, vollständig unrichtig ist. Doch scheint die alte Tante an Gedächtnischwäche zu leiden. Frischnir wir dieselbe auf.

Schon im Jahre 1869 im Reichstage des Norddeutschen Bundes finden wir bei Berathung der Gewerbeordnung Anträge auf das Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit, auf Beschränkung der Frauenarbeit und Regelung der Gefängnisarbeit. Ferner auf Errichtung des Instituts der Fabrikinspektoren. Diese Anträge waren unterzeichnet von den Abgg. Schweiger, Frischnir und Hagen. Dann wurden auch von dem Abg. Bebel bei derselben Gelegenheit verschiedene Anträge und Amendements nach dieser Richtung hin eingebracht.

Fünf Jahre später wurde das Fabrikinspektorat eingeführt — den ersten Anstoß dazu aber hatten die Sozialdemokraten gegeben. Was sagt hierzu die „Vossische Zeitung“?

Aber auch im Jahre 1877 wurde ein dem jetzigen Gesetzentwurf ähnlicher Antrag zur Gewerbeordnung eingebracht, der von den Abgeordneten Frischnir und Bebel unterzeichnet war.

Deshalb ist es falsch, wenn man jetzt von der ersten gesetzgeberischen Leistung der Sozialdemokratie spricht. Dieselbe hat immer schon Versuche zu positiven Leistungen gemacht.

Dies zur Richtigeilung.

Politische Uebersicht.

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Ständevorrechte finden nicht statt.“ So lautet Artikel 4 der preussischen Verfassung. Im bürgerlichen Leben betrachtet man die Verfassung gewissermaßen als das Gesetz der Gesetze, als

die Wurzel, von der alle anderen Bestimmungen ausgehen müssen; und daher hält man alle Classe oder Gesetze, welche sich nicht im Einklange mit der Verfassung befinden, für geeignet, das allgemeine Rechtsbewußtsein zu schädigen. — Die Verfassung kennt nur Bürger, sie macht keine Ausnahme zu Gunsten oder Ungunsten einer politischen Partei und die von ihr gewährleisteten Rechte müssen daher folgerichtig allen Staatsbürgern und Bürgerinnen in gleichem Maße zugänglich sein. Aber trotz dieser in der Verfassung klar vorgeschriebenen Bestimmung von der Gleichheit Aller vor dem Gesetze giebt es in Preußen eine Menge Bestimmungen, die der Verfassung diametral entgegenstehen. Wir wollen das Sozialistengesetz, obgleich auch dieses gegen den Wortlaut der Verfassung ist, nicht mit in Betracht ziehen, weil es als „Ausnahmengesetz“ ausdrücklich gefordert und von der Gesetzgebung bewilligt worden ist. Doch anders verhält es sich mit den Bestimmungen über Koalitionsfreiheit der Arbeiter, mit der Gewerbeordnung und hundert ähnlichen Dingen. In diesen Bestimmungen findet man leider oft das Gegenheil von dem, was die Verfassung verspricht. So haben bekanntlich die ländlichen Arbeiter nicht das Recht, sich gegen etwaige Bedrückung von Seiten ihrer Arbeitgeber dadurch zu schützen, daß sie sich gegenseitig zur Einstellung der Arbeit verabreden, ja, die Gewerbeordnung enthält sogar Bestimmungen, nach welchen sich das Gefährde eine „Leichte“ Bückigung von der Herrschaft gefallen lassen muß, ohne daß es die Herrschaft zur Verantwortung ziehen kann. — Auf dem Gebiete des Vereinslebens sind ebenfalls auffallende Verschiedenheiten zu konstatiren; wie oft sehen wir, daß große Vereinigungen von Arbeitgebern, welche in verschiedenen Städten Zweigvereinigungen haben, „um ihre Interessen zu wahren“, frei und offen Politik treiben. Diese Vereine korrespondiren miteinander; sie bilden Ausschüsse, welche bei gewissen Fragen gemeinsam entscheiden, sie berathen Gesetzentwürfe, senden Petitionen an den Reichstag, kurz: diese Vereinigungen treiben öffentlich vor den Augen des gesammten Volkes Politik. Und doch bestimmt § 8a. Absatz b. des Vereinsgesetzes, daß politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen. — Wir sind die Letzten, welche eine strikte Handhabung dieser Bestimmung wünschen; wir wünschen vielmehr, daß diese Bestimmung recht bald verschwinden möge. Aber wir erleben gar zu oft, daß diese Bestimmungen in Bezug auf Vereinigungen der Arbeiter Anwendung finden und daher glauben wir ganz besonders zu diesem Hinweis berechtigt zu sein. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig.

Politisch? Aus Nürnberg kam vor einigen Tagen die Nachricht, daß die dortige Behörde den Fachverein der Metallarbeiter für einen „politischen“ Verein erklärt habe. Diese Erklärung wird für den Verein die Folge haben, daß derselbe seine Mitgliedschaft bei dem Verein deutscher Metallarbeiter aufgeben muß. — Die „Hamburger Bürgerzeitung“ bemerkt dazu: „Nachdem damit das Signal

Er nahm die Hand seines Neffen und hielt sie tief gerührt in der feinigen.

Fritz mochte wohl wie jeder andere Mensch dabei das Gefühl zärtlicher, verwandtschaftlicher Liebe haben. „Du befindest Dich heute etwas kräftiger?“ sagte er.

„Ja, mein lieber Neffe,“ antwortete Rodenburg; „viel kräftiger als gestern, und ich fühle es, daß ich mit jedem Tage der Genesung mehr entgegengehe. . . . Wie soll ich Dir's danken, Fritz! Es macht mich unglücklich, daß ich Dir nicht zeigen kann, wie sehr ich bereue, Dich jemals verkannt zu haben, ungerecht gegen Dich und Deine Geschwister gewesen zu sein.“

Denke nicht daran, Onkel!“ antwortete Fritz. „Du bist eben wie wir alle das Opfer eines Irrthums gewesen. Dein und unser Geschick gleicht sich darin. . . . Ein Irrthum ist schuld, daß Du Deinen Sohn verlorst, ein Irrthum — freilich durch die Bosheit der Menschen herbeigeführt — war schuld, daß wir einander verkannten, Du und die Kinder Deines Bruders. . .“

Das war meine Schuld. Ich war allzu leichtgläubig, zu schwach, und ich habe mir, seit ich mich in dem Glauben befand, daß Felix todt sei, nicht die Mühe gegeben, zu prüfen, ob man mich betrog oder nicht.“

Das ist vorbei, Onkel. Denken wir nicht mehr daran. Ich habe in diesem Punkte eben so viel zu bereuen, wie Du selber. Auch ich habe Dich zu hart und vielleicht ungerecht beurtheilt. . . . Daß mein Vater Deiner Hilfe entbehren mußte, war vielleicht mehr ein Unglück als Deine Schuld.“

Es war meine Schwachheit, meine unbegrenzte Liebe zu meinem Kinde, die mich damals einen Augenblick hart gegen meinen Bruder machte, und als ich mein Unrecht einsah — da war es zu spät. Ich wollte an meinen Kindern gut machen, was ich an ihm zu thun versäumt hatte, Du weißt, daß mir dies nicht vergönnt war.“

Ich weiß es, Onkel! Die Amberg's kamen dazwischen, umstritten Dich mit einem Neß von Lügen, Du hattest nicht die Kraft, das Neß zu zerreißen, wurddest in immer engere Fesseln gezogen und warst ein willenloses Werkzeug in ihrer Hand. — Und da man Dich so allen Wünsches zu leben beraubt hatte, bewirkte die Kur eines unwillkürlichen Arztes, daß Du bis an den äußersten Rand des

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Eug.

(Fortsetzung.)

„Ich hab's Ihnen vorher gesagt, Herr Sanftleben,“ sagte Amberg. „Sie hätten sich die Unannehmlichkeit erlauben können, die Beschildigungen zu lesen. Jedenfalls sehen Sie aus dem Briefe ersehen, daß ich kein Recht habe, Ihnen das Geld auszusahlen; und was sonst in dem Briefe steht. . .“

„Ah, ich verstehe — mich zur Thür hinauszuwerfen,“ unterbrach er Amberg bitter. „Ich überhebe Sie dieser Mühe, ich gehe schon. . .“

„Sie haben nicht zu fürchten, Herr Sanftleben,“ sagte Amberg, als er aufstand, „daß ich Sie zur Thür hinauswerfe, doch haben Sie auch nicht zu hoffen, daß ich einem Menschen, der einen Irrthum ausbeutet, um sich einen unheimlichen Gewinn zu verschaffen, mit großer Hochachtung begegne.“

Rodemus verschwand aus der Thür.

„Der Glende!“ rief Amberg, indem er sich verächtlich umwandte.

„Er ist der Freund, Deines Bruders,“ wiederholte Amberg leinbar unablässlich.

„Leider, leider!“ antwortete ihr Mann. Ohne Zweifel hat Paul ihn nicht, wie wir ihn kennen gelernt haben; er soll ihn kennen lernen. Ich werde ihm. . .“

Er unterbrach sich plötzlich.

„Ja, Rätchen,“ fuhr er fort, „in meiner Erbitterung gegen den Menschen habe ich ja nicht daran gedacht, daß aus dem Himmel eine unerwartete Rettung geschick. Wir sind aus aller Noth, Rätchen. Die Fabrik ist unser. . .“

Ja, Strahlenau's Gefälligkeit hat uns geholfen, wo wir sonst verloren wären. Dein Bruder im Stiche ließ. . . . Jetzt sind die Zeiten da, und mehr als nöthig ist. Ich freue mich nicht, daß unser Wohlstand voraussichtlich erhöht, sondern daß Du, der bisherigen Anstrengung überhoben, mehr auf die Pflege Deiner Gesundheit wenden kannst.“

„Nicht meinethwegen, Rätchen, Deinethwegen. Wenn ich Leiden wirklich tödtlich enden sollte, — so ist doch

für Dich gesorgt. Ich brauche nicht mit Bangigkeit mein Auge zu schließen.“

Amberg war so von ganzem Herzen froh, daß er den Schatten des Mißtrauens vergaß, der sich vorher über sein Gemüth gelagert. Er gab sich ganz der frohen Aussicht hin, und zärtlich und glücklich wie je drückte er Rätchen ans Herz, küßte ihre Lippen und sagte: „Daß uns wieder glücklich sein, Rätchen, wie ehemals.“

Zweihunddreißigstes Kapitel.

Die Kur des Herrn Rodenburg nahm einen unerwartet günstigen Verlauf. Als am andern Morgen Emmy den Arzt benachrichtigte, daß der Patient erwacht sei, begab sich Fritz sofort zu ihm. Er fand ihn nicht nur vom Schlummer erwacht und mit geöffneten Augen, sondern mit sichtlichem Interesse an etwas denken. Ja, er blickte erwartungsvoll auf den Arzt, als dieser eintrat. Jetzt hielt er Fritz für gerathen, stützende Mittel anzuwenden, in dessen trug er aber persönlich Alles bei, um auf das Gemüth des Kranken einzuwirken.

Schon nach wenigen Tagen war der Kranke im Stande zu sprechen. Natürlich war seine erste Frage nach seinem Sohne, nach alledem, was ihm bisher in seinen Andeutungen unklar oder unverständlich gewesen war. Mit inniger Freude und rechter Genugthuung sah Fritz den Erfolg seiner Kur, die mehr eine seelische, als eine körperliche war.

Je mehr Emmy inne wurde, daß Rodenburg sich mit Riesenschritten der Genesung näherte, desto mehr war sie bemüht, sich wahrhaft aufopfernd und wahrhaft interessirt für seine Genesung zu zeigen. Mit wirklich anerkenntnswerther Sorgfalt widmete sie sich der Pflege des Kranken. Die Anwesenheit der alten Haushälterin Wilhelmi's war nicht mehr nöthig.

Rodenburg bedurfte der Unterstützung und der Pflege mit jedem Tage weniger. Zuweilen äußerte er den Wunsch, allein zu sein. Er sah dann in dem Lehnstuhl, der auf den pavillonartig verdeckten Balkon geschoben war, der nach dem Park hinaus lag.

Das Leben hatte wieder Werth für ihn, seit er wußte, daß er für seinen Sohn zu leben habe. Er vergaß aber auch nicht, dessen zu gedenken, dem er das Leben am meisten zu verdanken hatte.

gegeben ist, werden wohl ähnliche Maßregeln gegen die diversen Fachvereine, welche sich zu nationalen Vereinigungen zusammenschließen haben, bald auf dem Fuße folgen. Wir würden dies zwar sehr bedauern, aber nach den seit langen Jahren gemachten Erfahrungen glauben wir in diesem Falle kein falscher Prophet zu sein. Das Schlimme ist eben gar häufig das Wahrscheinliche. — Wir glauben nicht, daß die Behörden überall die Ansicht der Nürnberger Behörde theilen; immerhin ist aber die Entscheidung dieser Behörde für die Fachvereine von großer Bedeutung. Wir wissen nun zwar nicht, in welcher Weise der Nürnberger Fachverein „Politik“ getrieben hat, aber soweit steht fest, wenn die Aufsichtsbehörden schon die Diskussion über gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und ähnliche Fragen als „Politik“ betrachten, so giebt es in ganz Deutschland keinen unpolitischen Fachverein mehr. — Womit sollen sich denn die Fachvereine beschäftigen? Gerade solche und ähnliche Fragen bilden das Feld, welches sie bearbeiten müssen, ist ihnen das nicht gestattet, so sind sie überhaupt überflüssig und können vom Schauspiel abtreten. Mit der so oft in maßgebenden Kreisen ausgesprochenen Arbeiterfreundlichkeit würde ein Vorgehen gegen die Fachvereine recht eigenhändig kontrastieren.

Undank ist der Lohn des Herrn Adermann. So reaktionär der Herr Hoftraub und seine Freunde auch sind, den Ränkern sind sie immer noch nicht reaktionär genug. Diese verböhrten Deutschen können das goldene Zeitalter, welches ihnen nach Verwirklichung ihrer mollenbürgerlichen Ideen vor-schwebt, gar nicht erwarten. Sie wollen, daß nur die Innungen zur Ausfüllung des Beschäftigungs-ganges für Gewerbetreibende berufen sein sollen, und weiter wollen sie für alle Gewerbetreibende ohne Ausnahme den Beschäftigungsnachweis eingeführt wissen, während Herr Adermann und seine Gefinnungsfreunde dem Bundesrath das Recht einräumen wollen, bestimmte Gewerbe von diesem Zwang zu entbinden. Das Organ des bayerischen Handwerkerbundes nimmt daher Veranlassung zu einem Angriff auf Herrn Adermann und die sächsischen Konservativen, es verweist die sächsischen Brüder auf die Differenz zwischen dem Verhalten dieser Herren und ihren zur Zeit der Wahlen gegebenen Versprechungen. — Vielleicht lassen sich die sächsischen Brüder erweichen und wählen keine Adermann mehr.

Schweiz.

Nach Mittheilung des Berner „Bund“ sind von den in Bern verhafteten Anarchisten einige wieder freigelassen worden. Gegenwärtig sind noch 9, gegen welche schwere Verlastungsmomente vorzuliegen scheinen, in Haft. Die Voruntersuchung, soweit sie Bern betrifft, scheint bereits dem Abschluß nahe zu sein. — Anlässlich des Zusammentritts der Bundesversammlung wurde die Sperr der Seiteneingänge des Bundesratshauses wieder aufgehoben, dagegen findet eine scharfe Ueberwachung derselben durch Geheimpolizisten statt.

Frankreich.

Der gewesene Polizeipräsident Hr. Andrieux fährt — wie der „Vosk. Bl.“ geschrieben wird — fort, die niederträchtigsten Polizeipraktiken aufzuweisen, deren Verüben er selbst gewesen ist. Nachdem er erzählt hatte, wie er, als die Anarchisten zur Gründung eines Organs ein kleines Betriebskapital suchten, ihnen das Geld aus den Polizei-Geheimfonds kassierte, theilte er jetzt mit, daß er sich an einem D. y. n. a. m. i. t. t. e. n. t. e. g. a. n. z. d. i. r. e. k. t. b. e. t. h. e. i. l. i. g. t. Die Anarchisten hielten in der Redaktion der mit dem Gelde der Polizei gegründeten „Révolution sociale“ Beratungen über Dynamit-Anschläge. Sie wollten erst das Palais Bourbon (die Kammer) in die Luft sprengen, fanden aber das Unternehmen zu schwierig. Der Reihe nach wurden die Bank von Frankreich, der Elysee-Palast, die Polizeipräsidentur, das Ministerium des Innern als Ziele vorgeschlagen und verworfen. Endlich beschloß man, probeweise, gleichsam zur Uebung, zuerst das kurz vorher enthüllte Thier-Denkmal in St. Germain zu zerstören. „Die Genossen“, erzählt Hr. Andrieux, „reisten mit ihrer Höllemaschine nach St. Germain. Diese war einfach eine mit Schießbaumwolle gefüllte Sardinienbüchse. Ich kannte den graufigen Anschlag, den Bug, der die Thäter an ihren Bestimmungsort bringen sollte, die Stunde des Verbrechens. Was hatte ich zu thun? Um strafen zu können, mußte man zuerst die Missethat verüben lassen! Ich ärgerte nicht, den „Befreier des Gebiets“ zu opern, um das Palais Bourbon zu zetteln. Bei eingebrochener Nacht schlüch die Genossen an die Statue heran. Die Sardinienbüchse wurde auf den Sockel des Denkmals zwischen die Beine des Lehnstuhls gelegt, in welchem Thiers sitzt. Ein Genosse zündete die lange Kunte an, die übrigen lebten rasch an die umstehenden Bäume revolutionäre Ausrufe, dann liefen sie äußerst bürzig zur Eisenbahnstation und kehrten nach Paris zurück. Sie harrten ungeduldig der Neuigkeiten aus St. Germain. Wie groß war ihre Enttäuschung, als sie erfuhren, daß sie Alles in Allem eini-

friedliche Einwohner aus St. Germain aus dem Schlafe geweckt hatten. Die Statue war unbeschädigt. Ein großer schwarzer Fleck auf dem weißen Marmor war die einzige Spur des Anschlags. Ich kannte die Namen der Verschwörer. Ich war, wenigstens in Vertretung, mit ihnen geehrt, hatte Alles gesehen, Alles gehört und die Gelegenheit schien mir geeignet, die Hände auf die Dynamitgefassen zu legen. Allein ein Rechtskundiger sagte mir, daß die Thäter höchstens wegen nächtlicher Ruhestörung zu 15 Frs. Buße verurtheilt werden könnten, und so schien es mir zu e. m. ä. f. i. g. e. r. ihnen noch nicht den Finger der Polizei zu zeigen, sondern sie weiter zu überwachen.“ — Also die Polizei in Paris lieferte mit Wissen des Präsidenten das Geld zu Attentaten! Sollte man da nicht zu der Annahme berechtigt sein, daß die jetzt in Paris so oft vorgekommenen Ausläufe und Bräuelen ebenfalls von agents provocateurs angezettelt wurden, um das Volk in Aufregung zu erhalten vor dem rothen Gespenst? Diese Jünglinge, welche dort in den Versammlungen blutrünstige Reden halten, lassen den Gedanken aufkommen, daß bezahlte Subjekte ge-flossentlich die Arbeiter in Miskredit zu bringen suchen.

Ägypten.

Thatsächlich herrscht auf dem Kriegsschauplatz am Nil Waffenruhe. Zur Erklärung dieses Umstandes soll wahrscheinlich folgende Nachricht aus Korti, 9 März, dienen: „Es sind unter den Eingeborenen beständig Gerüchte im Umlauf, daß der Mahdi seine Emire instruiert hat, die Stämme daran zu hindern, die britischen Truppen zu belästigen. Er erklärt, daß er schließlich siegreich sein muß, und daß die Sonne seine Schlachten für ihn brennend wird.“ Wahrscheinlicher ist es, daß der Mahdi einen Theil seiner Mannschaften hat entlassen müssen, um in der Heimath die Einteuerungen zu verrichten, und dadurch zur Waffenruhe genöthigt ist.

Kommunales.

Am nächsten Dienstag findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Berathung der neuen Bauordnung statt.

Die Einrichtungen unserer städtischen Straßeneinigung finden in weiteren Kreisen immer mehr Beachtung und Nachahmung. So hat sich jetzt der Magistrat von Budapest an den hiesigen Magistrat gewendet und um Ueberlassung von je einem Exemplar der Arbeitsgeräte, wie sie bei dem hiesigen Betriebe im Gebrauche sind, gebeten. Dieser Wunsch ist vom hiesigen Magistrat sofort erfüllt worden.

Lokales.

a. In Bezug auf die endliche Eröffnung der Zentral-Markthalle in der Neuen Friedrichstraße neben dem Stadtbahnhof Alexanderplatz hat in einer Sitzung des Staats-Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung in voriger Woche auf eine an den anwesenden Kammerer, Herrn Kunge, gerichtete Anfrage wegen dieser Eröffnung, der Kammerer folgende wenig erfreuliche Erklärung abgegeben: Die Eröffnung der Zentral-Markthalle könne erst nach der Fertigstellung der in der Friedrichstadt in Angriff genommenen Markthallen, deren Bauausführung bekanntlich in Folge der Differenzen mit dem Polizeipräsidenten wegen der Breite der Zugänge stillsteht, erfolgen, und es sei somit diese Eröffnung nicht vor 1 1/2 bis 1 3/4 Jahren zu erwarten. Diese Verögerung sei dadurch veranlaßt, daß in der Zentral-Markthalle der Fleisch-Großhandel, welcher jetzt auf den Wochenmärkten am Dönhofsplatz stattfindet, konzentriert werden soll, daß diese Konzentration aber so lange nicht ausführbar sei, als die Wochenmärkte auf dem Dönhofsplatz stattfinden, weil das Polizeipräsidentium eine einseitige Aufhebung des Fleisch-Großhandels auf dem Dönhofsplatz nicht genehmigen werde. Eine Stablung des Fleisch-Großhandels in der Zentral-Markthalle, welcher gleichzeitig neben dem Großhandel auf dem Dönhofsplatz stattfinden würde für die weitere Entwicklung dieses Handels höchst bedenklich sein.

Die von dem Kuratorium der Sparkasse angeordnete Oeffnung der Sparkasse an jedem Sonnabend Abend hat sich bewährt; es erschienen stets eine größere Zahl von Personen zu Ein- und Auszahlungen. Am Sonnabend, den 7. d. Mts., wurden 277 Einzahlungen im Betrage von 18 631 M. gemacht und erfolgten auf 128 Bücher 13 080 M. Auszahlungen. Nicht weniger als 53 neue Bücher wurden ausgegeben. Ohne Zweifel würde der Geschäftserfolg noch viel größer sein, wenn die neue Einrichtung schon allgemein bekannt wäre.

In den Kreisen der Fuhrunternehmer, welche bei den Bauten zu thun haben, herrscht augenblicklich große Aufregung darüber, daß von dem Polizeipräsidenten Frederowagen mit vollständig festen Rasten zum Abfahren von Bauhutt verlangt werden. Die Fuhrunternehmer behaupten dagegen, daß die

Ausführung dieses Verlangens die Abfuhr von Schutt erheblich vertheuern würde. Solche Wagen eigneten sich auch keineswegs für die Bauhuten, da mit demselben Wagen oft an einem Tage Steine angefahren, Schutt abgefahren und Bauhutt befördert werden müßte, was bei den neuen Wagen nicht ausführbar sei.

In jüngster Zeit ist es den Bemühungen unserer Sittenpolizei gelungen, wiederum zwei verächtliche Schlupfwinkel der lächerlichen Gesellschaft aufzudecken. Der eine dieser Schlupfwinkel befand sich in einem Hause der Friedrichstraße, unweit der Taubenstraße, in dem Hause eines reichen Mannes, der die erste Etage des Hauses an den Tafeldiener B. seit Jahren vermietet hat. Letzterer hielt daselbst mit seiner Ehehälfte ein „Hotel garni“, das von leichtlebiger Gesellschaft stark besucht wurde. Trogdem die B.'schen Eheleute die Erlaubniß zum Schankbetriebe nicht besaßen, konnte man bei ihnen edle Biere und alle Sorten Weine zum erhöhten Preise jederzeit bekommen. Die königliche Staatsanwaltschaft hat eine sorgfältige Untersuchung über das Treiben in dem B.'schen „Hotel garni“ angestellt und nach Abschluß derselben gegen die B.'schen Eheleute die Anklage aus § 180 des Strafgesetzbuches und wegen unerlaubten Gewerbebetriebes als Schankwirthschaft aus § 147 der Gewerbeordnung erhoben. — Der zweite Schlupfwinkel dieser Art ist ein Gasthof in der Nähe des Alexanderplatzes, der von dem Sohne des Bauhüttenbesizers verwaltet wird. Seit Jahren war dieser Gasthof als Schlupfwinkel lächerlicher Gesellschaft bekannt; es gelang aber nicht, ausreichende Beweise dafür beizubringen, um gegen den Hotelwirth strafrechtlich vorgehen zu können, bis sich endlich die Sittenpolizei entschloß, eine Razzia in dem Gasthof vorzunehmen. Das Resultat war ein überraschendes und genügend, um nicht allein gegen den sauberen Wächter des Gasthofes, sondern auch gegen die beiden Hausfrauen, welche seit 1878 in dem Gasthofe thätig waren, aus § 180 des Strafgesetzbuches vorzugehen. Nicht belästigend für den Hauptangeklagten fallen die Aussagen mehrerer Jüngen ins Gewicht, welche übereinstimmend bekundeten, daß der Angeklagte, wenn er die Thür des Gasthofes von Polizeibeamten besetzt fand, die lächerlichen Gäste durch einen zweiten Ausgang nach dem Georgenkirchhof hinaus in Sicherheit brachte.

Zum Gattenmord in der Auguststraße. Ueber die Vorgeschichte dieses ehelichen Dramas erzählt das „V. T.“ nach folgende Einzelheiten, die sich durchaus wie ein spannendes Romankapitel anhören: Auguste U., die Stieftochter des Bauhüttenbesizers F., verheiratete sich noch jung mit einem Arzthelfer mütterlicherseits, der Kaufmann in Braunschweig ist. Da letzterer der Uhrmacher Albert Dettmer aus Braunschweig, nach längerem Aufenthalte in England, wohin er sich zur Vervollständigung seiner technischen Kenntnisse begeben hatte, in das elterliche Haus zurück. Hier besuchte er natürlich auch seinen alten Schulfreund und Nachbarn U. und lernte dabei dessen junge Frau kennen. Diese kam dem schmuckreichen Uhrmacher sehr vertraulich entgegen, legte ihm ihr hässliches Gesicht, das ihr Mann sie schlecht behandle u. s. w., und das Ende war, daß das Paar nach England durchbrannte. Dort ließen sie sich trauen, noch ehe die von dem betrogenen Ehemann Nr. 1 angestrengte Entschwedungslage entschieden war. Das junge Paar fand indes das Glück nicht, das es sich erträumt hatte; die mitgenommenen Baarmittel waren bald erschöpft und alle Bemühungen Dettmers, Beschäftigung zu bekommen, schlugen fehl. In dieser bedrängten Lage ließ sich das Paar als Maschinenist auf einem nach Südamerika gehenden Dampfschiff anwerben. Von seinem Verdienste schickte er den größeren Theil in Beträgen von 10 Pfund Sterling (200 M.) getreulich seiner in London zurückgebliebenen Gattin, und in allen seinen Briefen sprach er die freudige Hoffnung aus, bald die baldige Wiedervereinigung mit ihr aus. Als er im Besitz einer größeren ersparten Summe und mit der Aussicht in Brasilien eine dauernde Existenz zu finden, nach London zurückkehrte, war seine Frau von dort verschwunden und hatte ihm nur ein Schreiben zurückgelassen, in welchem sie ihm mittheilte, daß sie inzwischen von ihrem ersten Ehemanne rechtlich getrennt worden, aber als der schuldige Theil erklärt wurde, und daß ihr durch das Erkenntniß die Möglichkeit abgesprochen sei, ihrem Entführer eine rechtmäßige Ehe einzugehen. Sie habe es daher vorgezogen, zu ihren Eltern nach Berlin zurückzuziehen. Von Bekannten erfährt Dettmer jedoch, daß sie diese Worte nicht allein, sondern in Begleitung eines Bräutigams ausgesprochen habe. Gleichwohl hing D. noch so sehr an seiner Frau, daß er ihr von London aus wieder schrieb, er werde im Februar nach Berlin kommen und sie nach Brasilien abholen. Diese Nachricht kam der sehr veränderten Frau, die inzwischen den Namen Ulrich wieder angenommen hatte, nicht sehr gelegen, denn sie hatte inzwischen in Berlin wieder mit einem jungen Beamten ein Verhältniß angeknüpft. Der Mann Nr. 2 Anfang Februar hier ankam und seine Frau aufsuchte, erklärte ihm diese rundweg, daß sie mit ihm nicht zusammenleben könne und ihren Beamten betrachten werde.

Graves lamst, ja, daß Du schon einen Fuß im Grabe hattest.“

„D, diese Amberg's! Wie ich sie hasse!“ erwiderte Rodenburg.

„Dazu hast Du auch Ursache, Onkel. Mit Ausnahme eines Gliedes dieser Familie verdienen sie alle Deinen Haß. Diese Ausnahme ist Emmy.“

„Nimm sie nicht in Schutz, Fritz. Sie war es, welche Deine Schwester verleumdete; ich hasse sie auch.“

„Sie hat Dich wirklich in letzter Zeit aufopfernd gepflegt.“

„Klugheit! — D, ich durchschaue jetzt Alles. Ihre Aufopferung ist nichts weiter als Heuchelei. . . . Nun wohl, sie hat mir gute Dienste geleistet, als ich, durch meine Schuld von Allen verlassen, allein da stand; ich will diese Dienste nicht unbelohnt lassen, aber ich kann sie nicht lieben. Mein Herz weiß von einem Danke gegen sie nichts — D, ich leichtgläubiger Thor! Wie konnte ich dieser plumphen Verdächtigung gegen meine Nichte Gehör geben!“

„Das ist vergessen und vergeben, Onkel. Lucie schrieb es Dir ja und ohne Zweifel wird sie binnen Kurzem selbst kommen und Dir sagen, daß sie an die ihr hier widerfahrene Kränkung nicht mehr denkt.“

„Rein, nein, sie darf nicht zu mir kommen! Laß mich nur ein wenig zu Kräften kommen, dann gehe ich zu ihr. Ich muß zu ihr gehen und sie ansehen, daß sie mir alten Thoren meine Schwachheit verzeiht; und sie wird es, denn Lucie ist nicht unversöhnlich.“

„D, keineswegs! — Muß sie es nicht immerhin als ein großes Vertrauen Deinerseits anerkennen, daß Du von ihrer Unschuld überzeugt bist, wo noch ein Theil ihrer Beschuldigung unaufgeklärt ist?“

Mag dies aufgeklärt sein oder nicht, ich weiß, daß ich ein leichtgläubiger Thor war. — So oft ich Emmy sehe, kommt eine Erbitterung über mich. — Ich bedarf einer so konstanten Pflege nicht mehr, und darum mag ich Emmy nicht mehr sehen. Ich habe ihr sagen lassen, daß ich sie nicht mehr um mich haben will. — Du schreibst an Cordelia, Fritz?“

„Ich that es; vermuthlich wird sie heute noch hier sein.“

„Das ist gut! Cordelia hat auch ihre Schwächen, aber

ihr Herz ist gut. Sie soll meine Pflegerin sein, bis ich meinen Sohn umarmt habe.“

Fritz schwieg. Seine Stirn umwölkte sich ein wenig.

„Noch keine Nachricht?“ fragte nach einer Pause in einem zaghaften Tone der Kranke.

„Ich habe Nachricht von Strahlenau,“ erwiderte Fritz; „allein noch keine recht befriedigende.“

„Der Arme! Nun irrt er in der Welt umher und könnte hier an meinem Herzen ruhen, könnte die Freuden des Lebens genießen, wie es ihm gefällt, könnte glücklich sein, und mich glücklich machen. . . D, das macht mich sehr, sehr unglücklich!“

„Verage nur nicht, Onkel Rodenburg. Ich vertraue ganz Strahlenau's Eifer und Umsicht. Er hat bis jetzt freilich alle Mittel, den Aufenthalt Deines Sohnes zu entdecken, vergebens angewandt, doch zweifle ich nicht, daß es ihm dennoch gelingen wird.“

„Auch Strahlenau bin ich zu Dank verpflichtet. . . Mein Himmel, ich bin aller Welt zu Dank verpflichtet und außer Stande, Jemandem zu danken, wie ich's möchte. Es ist doch sonderbar, Fritz, ich, der reiche Mann — ich, der Mann, der durch nichts sich Freunde erworben hat, erfahre Freundschaft und Liebe überall, und kann sie nicht vergelten. Mein Reichthum, mein Vermögen lohnen nicht Diejenigen, welchen ich Dank schulde. D nein, aber glaube mir, ich empfinde es im Herzen, Fritz, wenn mein Sohn nicht mehr lebte, ich würde Dich wie meinen Sohn lieben.“

„Ich danke Dir, Onkel Rodenburg, und fühle mich fast beschämt. Mein geringes Verdienst heißt solchen Dank nicht.“

„Ja, ja, Fritz, ich weiß es; in Dir wohnt derselbe Stolz, der Deinem Vater innewohnte. Du beanspruchst keinen Dank; das Bewußtsein der Pfllichterfüllung ist Dir genug. Du nützigst alle Welt, mit Respekt zu Dir hinauf zu sehen. Das ist der Stolz des Mannes.“

„Ich bin stolz und glücklich, daß es mir gelungen ist, Dich dem Leben wiederzugeben, Onkel, und wünsche nichts sehnlicher, als daß Du recht bald am Ziele Deiner Wünsche und Hoffnungen stehst, daß die Stelle, welche ich jetzt einnehme, recht bald von Deinem Sohne eingenommen werde. . . . Meine Anwesenheit ist hier übrigens nicht mehr nöthig, da sie aber wo anders dringend erforderlich

ist, Onkel, so benutze ich diese Gelegenheit, um Dir zu sagen. . . .“

„Du willst mich verlassen, Fritz?“ unterbrach ihn Rodenburg. „D, das betrübt mich! Du sagst, Deine Anwesenheit sei hier nicht mehr nöthig? Nun Fritz, Du bist ein guter Mann, Du hast Deine Pflicht gethan; Du müßt nicht den Dank des alten Mannes, dem Du Leben und Glück wieder gegeben. . . . nun wendest Du mir den Rücken.“

„Onkel Rodenburg, die Gefahr ist für Dich vorüber; aber bedenke, daß es noch andere Patienten giebt, welche ebenfalls von mir Heilung und Erlösung von schweren Uebeln erwarten. Lege es mir nicht aus weichen als Stolz noch als Gleichgiltigkeit, wenn ich Dich verlasse; mein Beruf, meine Pflichten rufen mich nach England zurück; ich werde nicht aufhören, so viel in meinen Kräften steht, für Dein Glück zu wirken. Ich bin dort in jener Gegend, in welcher Felix sich mehrmals blicken ließ. Ich weiß nicht, warum mir die Vermuthung kommt, daß er mag sich verborgen haben, wo er wolle, er in jenen Gegenden wieder auftauchen werde; ein geheimnißvolles Gemüth scheint ihn unwiderstehlich dorthin zu ziehen. Glaube mir, Onkel Rodenburg, daß ich für Deine völlige Genesung das Möglichste thun kann, als wenn ich hier bliebe.“

„Fritz, auch wenn das, was Du sagst, nur bestimmt wäre, mich mit dem Gedanken an Deine Abreise auszu-söhnen, und sonst durch nichts begründet wäre, ich würde Dir doch nicht Unrecht geben können. Es wäre unrecht von mir, wollte ich Andern den Segen Deiner hilfebringenden Nähe entziehen. Ich kann mir's denken, daß ein Mann wie Du, ein Arzt von Deiner Tüchtigkeit, ein Mann von Deinem Charakter, ein Freund von Deiner Herzlichkeit und Aufopferung, ein Segen ist für Diejenigen, welche hilferufend Dir nahen. . . . Geh' Fritz, und gib Andern Leben und Gesundheit wieder, wie Du es mir gethan.“

Dreiunddreißigstes Kapitel.
Eine Stunde später — man hatte Rodenburg in dem Rollstuhl wieder in das Krankenzimmer gebracht — da fuhr eine Postkutsche die Rampe hinauf. Man half Fräulein Cordelia Rodenburg aus dem Wagen. Man hörte bald darauf das Klacken ihres Kleides im Korridor, und sie

seinen An-
wissen,
Ehe-
sich
zurück-
den drei Wo-
betet, zu
we. Als
M., in
ihrer Mu-
s Haus,
s und hat
den Grün-
den Wäse
dieser Tage
Wohn-
Verhältni-
diesem Lieb-
allerdings
Beide bei
Dienstag
wollen in
bewegen
warte, da-
Schicksal
zu allein
sich vor-
einem
auf sein
ging d
nach und
ble verüb-
den Nach-
genommen
Ein T
der Baron
sich als
gebrach
mit
sich in
sich
seiner
und Ster-
soll
Baron“ Fr
auf, s
von sein
entleutern
sich
keine
dieser
eigenen, d
sich
gaben die
szen. Da
sieren, w
sich im
intim
scho = vere
lungen über
1870/71 be
achte als
hohen bedeu-
s führen, d
wider ein
Papier sah
Personen
sind Arg-
s des
sorgen lassen
sicher der
sicht als
sinnung
sich erwä
gegenü
s, große
sichern üb
s als
scheiden
sich der
sich zu ha
während de
Berlin fam
sich der S

eben e
wolle.
Cordel
dem hohe
sich Bel-
s liegen,
s räumt.
Welch
s Roden-
s geb
sause spiel
s Emmy
sicht war
sichlichen
sug Char-
s auf den
s Cordel
s aber in
s sie be-
s zu sag
s was d
s waren s
s vorgezo-
s Sie e
s nach
s nach s
s streifen
s „Mein
s selb-
s nach s
s nicht, w
s D, ich lan
s beauf
s Wer
s die Stü-
s die mög-
s sühren, u
s „Das
s muß dies
s Sie
s „Don

reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Geschichte der Erde und die Zukunft des Menschen.“ In der Diskussion bewiesen die zahlreich an den Vortragenden gestellten Fragen, mit welchem Interesse die Anwesenden den Ausführungen des Redners gefolgt waren. Wir weisen nochmals darauf hin, daß der Arbeitsnachweis des Vereins seit dem 1. März an folgenden Stellen sich befindet, und zwar: bei den Kollegen H. Sandermann, Göttschinerstraße 61, 1, und A. Gromoll, Rollenmarkt 7, IV, Mittags von 12-1, Abends von 8 bis 9 Uhr. Sonntags von 9-10 Uhr Vormittags. Die Benutzung ist unentgeltlich, für Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer.

hr. In der öffentlichen Versammlung der Drechsler, Knopfmacher und Berufsgenossen, welche am Mittwoch, mehr als 200 Teilnehmer zählend, Andreasstr. 21, unter dem Vorsitz des Herrn J. Müller, stattfand, berichtete der Vorsitzende im Namen der Streik-Kommission, daß der Streik in der Brod'schen Fabrik beigelegt sei, der in der Behm'schen Fabrik, wenn auch bis jetzt durch Wiedereintritt einiger Kollegen und durch Einstellung neuer Arbeiter vereitelt, wahrscheinlich doch noch mit einem Siege enden werde, wenn die streikenden Kollegen Männer bleiben, die ihr gegebenes Wort halten. Weiter theilt er mit, daß ein Bittular eingegangen sei, in welchem über eine am 14. Februar in Köln in der Steinmühl-Knopf-Fabrik von Ad. Dinklage erfolgter ArbeitsEinstellung berichtet und um eine Beistütze für die (20) streikenden Kollegen gebeten wird. Das Bittular wurde vorgelesen. Es folgte darauf Berathung und Beschlußfassung über das Statut für den zu gründenden „Fachsverein der Drechsler, Knopfmacher und Berufsgenossen“. Der § 1 des Statuts lautet: „Zweck des Vereins ist, durch festes Zusammenhalten das Band der Solidarität zu befestigen und mit allen geistlich zu Gebote stehenden Mitteln für die Interessen seiner Mitglieder einzutreten und zwar durch: Gründung einer Unterhaltungsstätte für den Fall von Arbeitslosigkeit, beständiges Steuern zur Streiklaste, geregelten Arbeitsnachweis, Rechtsschutz, Betämpfung der Frauen- und Kinderarbeit, Regelung des Lehrlingswesens, Bekämpfung der Ueberproduktion, Abschaffung der Sonntagsgarbit, sowie Regelung der täglichen Arbeitszeit und der Löhne, Erstrebung einer beschränkten industriellen Haushaltung, Berechnung des noch herrschenden Kostengeldes, Pflege der geistigen und technischen Interessen der Gewerkschaften durch Vorträge, Anlegung einer geeigneten Bibliothek, eventuell Gründung einer Fachschule.“ Das Statut wurde vorgelesen und nach kurzer Diskussion fast unanversändert einstimmig angenommen. Fast alle Anwesenden schrieben ihre Namen in die ausliegenden Beitrittslisten. Die Herren J. Müller, Fischer, Hilbrandt und Michelsen gaben in warmen Worten ihrer Freude, ihren Wünschen und Hoffnungen in Bezug auf den neuen Verein Ausdruck.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tapezierer feierte am Sonnabend, den 7. d. Mts. in dem Saale der Tonhalle sein erstes Stiftungsfest. Das sorgfältig gewählte Programm erntete und heiterer Pöcken verlief in allen Punkten für jeden Teilnehmer befriedigend und verdienen namentlich drei derselben erwähnt zu werden. Der Prolog, von Herrn Bieder in tief durchdachter Weise verfaßt und von ihm selbst vorgetragen, fand allseitig großen Beifall und erntete derselbe am Schlusse ehrenden Applaus. Das Gedicht „An die Arbeit“ wurde von dem Senior der Berliner Gesellschafter Herrin Nikolai mit jugendlichem Feuer vorgetragen und wurde dem im Kampfe der Gewerkschaft ergrauten Kollegen ein stürmisches Bravo zu Theil. Die Festrrede wurde von dem Vereinsvorsitzenden Herrn Wildberger in begeistrender Weise gehalten. Nachdem derselbe die zahlreichen Teilnehmer begrüßt und ihnen seinen Dank für ihren Besuch ausgesprochen, legte er seinem Vortrage die auf die Arbeitervereine bezüglichen Jakob'schen Worte zu Grunde und verstand es, im Laufe seiner Rede seinen Gedanken und Empfindungen so rechten Ausdruck zu verleihen. Redner hob den Zweck des Vereins und die Nothwendigkeit der Arbeitervereine im Allgemeinen hervor. In überzeugender Weise auf die bestehenden schroffen Gegensätze verweisend, legte er den Kollegen den weiteren Ausbau des Vereins ans Herz und richtete zuletzt noch einen warmen Appell an die Frauen, den Männern zur Durchführung ihrer Bestrebungen beifällig zu sein. Mit einem sinnigen Toast auf die geistliche Entwicklung des Vereins schloß die in gehobener Stimmung gehaltene Festrrede ab und alle Theilnehmenden überließen sich bis in die Morgenstunden dem Tanz und einem fröhlichen Beisammensein. Hoffentlich wird dieser Tag allen Anwesenden in schönem Andenken bleiben und dem Verein zu neuer Stärkung und segensreichem Wirken verhelfen.

In der Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins des Westens, Gründer's Lokal, Schwerinstr. 26, am Montag Abend sprach der Stadtverordnete Herr Herold über das Arbeiterschutzesgesetz. In ruhiger und sachlicher Weise beleuchtete er die einzelnen Punkte des von den Vertretern der Arbeiter dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurfs. Mit dem Hinweis, jetzt sei es an den Vertretern des Volkes, zu zeigen, daß es wirklich Ernst sei mit ihrer Sozialreform, schloß der Referent seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Alsdann begründete das Vereinsmitglied Herr Dennier die Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung wegen Errichtung einer Sanitätswache im Westen resp. von mehreren in ganz Berlin. In dieser wichtigen Frage soll noch in kürziger Zeit eine Vollversammlung im Westen einberufen werden.

Der Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt hielt am Dienstag, den 10. März, seine regelmäßige Versammlung in Meister's Lokal, Schönhauser Allee 161, ab. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Herrn Kreuz über Afrika. Da der Referent nicht erschienen war, hielt Herr Ballmüller einen Vortrag über die deutsch-freistänige Partei. Hierauf ging folgende Resolution ein: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Ballmüller einverstanden, sie verspricht nur für die Vertreter der Arbeiter mit aller Kraft einzutreten. An der Diskussion betheiligten sich die Herren Kunze und Frigge, welche sich in demselben Sinne wie Herr Ballmüller aussprachen. Ferner wurde beschloffen, am Sonntag, den 16. März, eine Parteipartie zu machen, und wurde der Abmarsch vom Vereinslokal um 8 1/2 Uhr festgesetzt.

Der Herr Reichstagsabgeordnete Heine (Magdeburg) sprach am vorigen Sonntag in Belfort bei Wilhelmshafen vor einer Vollversammlung über Getreideölle u. s. w. Am Montag sprach derselbe Herr in Bremen über die Thätigkeit des Reichstages in dieser Session, und am Dienstag referirte er in Bremerhafen über die deutsche Kolonialpolitik. Alle drei Versammlungen verliefen in ruhiger und würdiger Weise und erntete der Herr Referent überall reichen Beifall.

Mathenow, 9. März. Am Sonntag, 8. März, sprach hier selbst in einer vom Fachverein der Tischler einberufenen öffentlichen Versammlung der Reichstagsabg. Herr W. Hasenclever über „die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung im Deutschen Reichstage“. — Er führte aus, die Anerkennung des Gesetzes, daß der Arbeiter des Schutzes bedürfe, sei die notwendige Vorbedingung einer Arbeiterschutzes-Gesetzgebung; und diese Anerkennung hätten alle Parteien mit Ausnahme der Liberalen ausgesprochen und theilweise durch Vorschläge u. s. ihren guten Willen, dem Arbeiter zu helfen, gezeigt. Allein der gute Wille — abgesehen davon, daß er sonderbarer Weise nur lärm, wenn die betreffenden selbst der Hilfe des Arbeiters bedürften — genüge nicht, sondern dazu gehöre auch Verständnis der ganzen Sachlage und diese sei allein richtig von den Vertretern der Arbeiterpartei aufgefaßt worden. Schon 1876 hätten diese einen Arbeiterschutzes-Gesetzentwurf vorgebracht und ihn jetzt den jetzigen Verhältnissen entsprechend erneuert. — Von den darin enthaltenen Forderungen habe sein Kollege, Herr Reichstags-

abgeordneter Harm, die erste, in Maximalarbeitsstag, bereits früher hier näher beleuchtet, er wolle noch eine Seite derselben und der damit in Verbindung stehenden: Verbot der Sonntagsgarbit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Gefängnisarbeit, näher hervorheben, nämlich die erzieherische. — Wenn der arbeitende Mann die ganze Woche hindurch seiner Familie entzogen, durch Verklärung der täglichen Arbeitszeit, durch Gewährung eines ganz freien Ruhetages, seiner Familie sich mehr widmen könne, wenn die Frau ihre Kraft dem Haushalt und den Kindern zuwenden könne, anstatt ihre Zeit in der Fabrik auszugeben zu lassen, so sei schon das ein großer Gewinn für die menschliche Gesellschaft, indem gerade die erste Erziehung meist den Menschen zu dem mache, was er später ist. — Die Gefängnisarbeit zu Zwecken der Privatindustrie schädige durch die niederen Löhne den freien Arbeiter, mache ihn droh- und arbeitslos, treibe ihn dem Vagabundentum und dem Gefängnis zu, wo er nun wiederum durch billige Arbeit bei Anderen denselben Kreislauf veranlasse. — Der gegen den Maximalarbeitsstag erhobene Einwand, wenn ein Maximum, d. h. Höchstmaß, der Arbeitszeit normirt werde, würden die Arbeitgeber in den Branchen, wo dies Maß noch nicht erreicht sei, dahin trachten, die Arbeitszeit bis zu dieser Höhe zu bringen, sei nicht stichhaltig, indem die freien Berufsgenossenschaften der Arbeiter sehr wohl, wofür es schon jetzt Beispiele gebe, dem entgegenzutreten könnten. — Der Minimallohn solle nicht durch Gesetz, sondern nach den jeweiligen Beschaffenheiten der aus freier Wahl hervorgehenden Arbeiterkammern den Verhältnissen jedes Ortes und jeder Branche entsprechend normirt werden, und falle damit der Einwand, durch den Minimallohn würde der Lohn an Orten, wo er bisher höher gewesen, herabgedrückt werden, in sich zusammen. Auch hierauf würden die freien Berufsgenossenschaften einen großen Einfluß ausüben können, wie denn ja schon jetzt z. B. die Schriftleger einen bestimmten Lohntarif hätten, unter dem bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verbands-Niemand arbeiten dürfe. — Das seien im Großen und Ganzen die Forderungen des Arbeiterschutzesgesetzes der Arbeiterpartei, die darauf fußen, daß Niemand berufener sei, das Wohl der Arbeiter zu erzielen und ihre Lage zu verbessern, als eben der Arbeiter selbst und hoffe der Redner, daß bei der großen Stimmenzahl, die er beim letzten Wahlkampf in diesem Wahlkreise erhalten, sich diese Ansicht immer weiter ausbreite und das nächste Mal ein Arbeiterkandidat den Wahlkreis vertrete. — Trotz mehrmaliger Aufforderung meldete sich Niemand zur Diskussion, obwohl zahlreiche Vertreter anderer Parteien anwesend waren. — Nachdem dann noch Herr Gander aus Stendal in warmen, beredten Worten das Streben der Arbeiterpartei, als deren besten Vertreter er Herrn Hasenclever hinstelle, was dieser in bescheidener Weise zurückwies — als das allein auf das Wohl des Ganzen, der ganzen menschlichen Gesellschaft gerichtete hingestellt hatte, schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf Hasenclever. — Es war die größte Versammlung, die in letzter Zeit in Mathenow stattgefunden und wird hoffentlich dazu beitragen, die gute Sache der Arbeiterpartei auch hier zum Siege zu führen.

Die Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter feiern ihren diesjährigen Maskenball am Sonnabend, den 14. März, Abends 9 Uhr, im Kongreßhaus, Leipzigerstraße 48 (nahe am Dönhofsplatz). Der Ueberblick soll solchen Mitgliedern zu gute kommen, welche schon ein Jahr Unterstützung erhalten und somit ausgedient sind. Des guten Zweckes wegen wäre eine starke Betheiligung sehr erwünscht. Entree 50 Pf., Loge 75 Pf. Billets sind in sämtlichen Zahlstellen zu haben.

Den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter zur Nachricht, daß die Zahlstelle Invalidenstr. 131 bei Dable hiermit aufgehoben ist und haben die Mitglieder ihre Beiträge an nächstgelagerte Zahlstellen ferner zu entrichten. Die Zahlstellen für die Ortsverwaltung Berlin 3. (Schönhäuserthor) sind: Linienstraße 169, Ecke der Gr. Hamburgerstraße, bei Guth, Linienstraße 230 bei Püde, Meyerstraße 21 bei Weiland, Bernauerstraße 14, Ecke der Streifgasse, bei Bönoch, Bionischplatz 11 bei Hahn.

Den Mitgliedern der Allgem. Deutschen Kranken- und Begräbnisfasse für Wirter, Weber, Spinner, Färber u. s. w. hierdurch zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 15. März, Vormittags 10 Uhr, in Keller's Restaurant (oberer Stral), Andreasstraße 21, die erste ordentliche Versammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Bericht über die am 8. März in Chemnitz stattgefundene Generalversammlung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Innere Angelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Quittungsbuch legitimirt.

Der Fachverein der Nähmaschinenarbeiter hält am Sonnabend, den 14. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, seine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Jahresberichtsbericht. 2. Weitere Beschlußnahme über die Resolution unserer letzten Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Die Vertrauensmänner des Vereins werden aufgefordert, sich bis zur Eröffnung der Versammlung mit dem Kassier zu begleißen, da nach der Versammlung alle Aufstände veröffentlicht werden müssen. Dieses Alos gilt auch für diejenigen, die noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Vermischtes.

Ein ehrlicher Funder. Von den Abenteuern eines ehrlichen Funder's weiß das „Budap. Tagebl.“ zu erzählen. Der ehrsame Weinbändler Mathias Fundermayer war aus seiner kleinen Provinzstadt in die Hauptstadt gekommen und bei seiner Schwester, der verwitweten Magistrate'ssekretärin Rudenbein, abgestiegen. Am zweiten Tage nach seiner Ankunft fand er im Thorwege des betreffenden Hauses ein kleines, braunledernes Portemonnaie mit dem Inhalte von einem Gulden fünfzig Kreuzern. „Der Mensch muß ehrlich sein,“ dachte er, „besonders in einer fremden Stadt,“ und da er absolut nichts zu thun hatte, schlenderte er in eigener Person nach der Ober-Stadthauptmannschaft, um seinen Fund abzuliefern. Was dem Weinbändler dort passirte, erzählte er in folgender Weise: „Wier i in dös Amtszimmer kumma bin, sitzt dort a junger Herr beim Schreibtisch und fragt, was i wünschen thu. Wier i heut aus meiner Wohnung treten bin, sag i, bin i auf etwas Waches treten, und wier i's aufheb', war's a Portemonnaie mit an papiernen Gulden, vier Albern Sechsern und fünf lufperni Kreuzer d'in. — „Ah, Sie sind also ein redlicher Funder,“ sagt der junge Herr, „da biß ich zu warten, bis der Herr Kanzlist kommt; denn ich bin nur der Diu'nist.“ Sey i mit hin und wart' a halbe Stund', kommt endlich der Kanzlist und fragt, was i will. — „Wier i heut aus meiner Wohnung treten bin, sag i, bin i auf etwas Waches treten, und wier i's aufheb', war's a braunledernes Portemonnaie mit an Guldenzettel, vier Albern Sechsern und fünf lufperni Kreuzer d'in. — „Recht schön von Ihnen,“ erwidert der Herr Kanzlist; aber ich bin nicht berechtigt, so was anzunehmen, da müssen's warten, bis der Herr Konzipist kommt.“ I wart' a halbi Stund', dann noch a viertel, da kommt da Herr Konzipist, a recht freundlicher Herr, und fragt, was i wünschen thu. — „Wier i heut früh aus meiner Wohnung treten bin, sag i, bin i unterm Thor aus etwas Waches treten, und wier i's aufheb', war's a Portemonnaie mit an Guldenzettel, vier Albern Sechsern und fünf lufperni Kreuzer d'in.“ — „Das ist recht schön von Ihnen,“ sagt Sie so ein redlicher Funder sind,“ verliest der Herr Konzipist; „aber da müssen's Ihnen schon zur Depositen-Kasse demühen.“ Janos,“ ruft er an Konzipist, „föhren's Herrn da zur Depositen-Kasse.“ Der Janos kummt und will mit aufstehen, da ruft der freundliche Herr Konzipist mi von der Thür zurück.

„Wer sind Sie eigentlich?“ fragt er mi. — „Dös wissen's nit? I bin der Weinbändler Fundermayer aus B.“, sag i. — „Und wo wohnen's denn hier?“ fragt der freundliche Herr weiter. — „Na, bei meiner Schwester, der verwitweten Frau Magistrate'ssekretär Rudenbein, in der Lazarusgasse.“ — „Sich erfreut,“ sagt der Herr Konzipist, „Ihre werthe Bekanntschaft gemacht zu haben; aber sind Sie schon gemeldet?“ — „So gemeldet, was ist das?“ frag i. — „Ah so, dös wissen's nit!“ sagt der Herr Konzipist. „Janos, nachdem Sie den Herrn zur Depositen-Kasse geführt haben werden, föhren's ihn gleich in die Meldungsamt. Habe die Ehr!“ I geh' mit dem Janos, geh' dös braunlederne Portemonnaie mit dem anen Guldenzettel, die vier Albern Sechsern und die fünf lufperni Kreuzer bei der Kassa ab, und dann geh' i mit ihm ins Meldungsamt, wo auch ein sehr freundlicher Herr ist, der mir sagt, i muß zehn Gulden Straf' zahl'n wegen unvollständiger Meldung oder zwei Tag' eingesperrt sein. Was soll i machen, i leg' den braven Funder nieder und geh' springen ins Haus. Wier i ins Haus von meiner Schwester kummt, will die grad in die Fleischhand schiden und dem Diensthofen Geld geben. „Nessas, wo hob' i denn mei Portemonnaie?“ schreit sie. — „Dei Portemonnaie!“ sag' i dafüroden. „Wie hat's denn ausg'schaut?“ — „Es war a braunledernes Portemonnaie,“ sagt sie, „und d'in waren a papierner Guldenzettel, vier Albern Sechsern und fünf lufperni Kreuzer.“ Ah, da legst Di nieder!

C'e Vendetta. Unsere Leser erinnern sich sicherlich noch jenes Verbrechens, dessen Schauplatz im Mai des vergangenen Jahres die Kaserne von Bisiofalone bei Neapel war. Ein kalabresischer Soldat Namens Misdea hatte aus Haß gegen die Piemontesen ungefähr zwanzig seiner piemontesischen Kameraden durch Gewerkschüsse theils getödtet, theils verwundet. Misdea, vor Gericht gestellt, gab seine Absicht zu, so viel Piemontesen als nur möglich, zu tödten; als er das über ihn gestülte Todesurtheil vernahm, suchte er in stoischem Gleichmuth mit den Achseln, dann aber wandte er sich mit wüthenden Augen an Cirelli, jenem kalabresischen Trompeter, der ihn entworfen hatte und der in Saale anwesend war und rief ihm drohend zu: „C'e Vendetta.“ („Es giebt eine Rache.“) An Misdea wurde das Todesurtheil vollstreckt; die Polizei, vertraut mit den blutigen Gemohnheiten der Kalabrer, wußte die Verwandten des tapferen Cirelli zu bewegen, ihren Heimathsort zu verlassen, und dieser selbst wurde von Neapel weg in ein im Norden stationirtes Regiment verlegt. Die Sache schien vergessen. Vor Kurzem hatte Cirelli seiner Dienstpflicht Genüge geleistet und war, um sein Häuschen in seiner Vaterstadt S. Bartolomeo zu verkaufen, dorthin gereist, und nun langte auch schon vor wenigen Tagen von Neapel die kurze lapidare Nachricht ein, daß „der, welcher Misdea entwarf, in S. Bartolomeo meuchlerisch ermordet aufgefunden wurde.“

Jägerlatein. Vor Jahren — so erzählt ein Waldman — besaß ich einen Hund, dem ich jeden Mittag am Halsband 3 Pfennig befestigte, worauf der Hund fortließ und sich beim nächsten Bäder eine Semmel dafür holte. Nun geschah es aber einmal, daß der Hund zwei Tage nacheinander keine Semmel heimbrachte, obgleich er jedesmal seine üblichen 3 Pfennig erhalten hatte. Wie erstaunte ich aber, als der Hund am dritten Tage eine Wurst heimbrachte. Er hatte sich nämlich das Geld zusammengespart, um sich einmal einen Vederbissen kaufen zu können.

Die düstere Chronik von Monte-Carlo ist um ein neues Drama bereichert worden. Vor einiger Zeit langte in Monaco ein junger Engländer an, welcher der Gatte einer sehr reichen Erbin war. Die letztere blieb in England und gehörte seltsamer Weise einem philanthropischen Vereine an, der sich die Austroitung der Hazardspiele zur Aufgabe gemacht hatte. Der junge Engländer war ein großer Musikfreund, besuchte alle Konzerte und bewunderte den Künstlern seine Dankbarkeit durch prächtige Bouquets. Eines Tages ging der junge Mann in die Kasse des Spielteufels und verlor in wenigen Stunden die Summe von 1350000 Frks. In derselben Nacht, wo der Verluste sich ruiniert sah, jagte er sich eine Kugel durch den Kopf. Die Verwaltung der Spielhölle war zartfühlend genug, die Leiche schnellig nach England zu senden.

In der Oper. Kind (auf den Kapellmeister zeigend); „Mama, warum schlägt der Mann die Dame mit dem Stocke?“ — Mutter: „Er schlägt sie ja nicht.“ — Kind: „Na, warum schreit sie denn so?“

Eine gereitete Kage. Bei den Aufräumungsarbeiten unter der Brandstelle der Rheinischen Tuchfabrik in Aachen wurde unter Schutz und Trümmern in einem Dampfrohre zusammengekauert eine in der Garnlammer der Fabrik gebaltene und seit dem Brande vermisste Kage aufgefunden. Dieselbe war vermuthlich beim Ausbruch des Feuers in ein unbenutztes Dampfrohr geflochten, stürzte mit diesem drei Stockwerk tief hinunter und wurde von Schutz und Trümmern so fest eingeschlossen, daß sie nicht entweichen konnte. Auf diese Weise hat das Thier sechs Wochen ohne Nahrung zugebracht; es ist bis auf ein Drittel seiner früheren Größe abgemagert, der Schwanz ist an der Spitze angefrissen, die Haare am Kopf sind abgefallen. Die ihr vorgelegte Milch nahm die Kage gierig an und wird sich wahrscheinlich wieder erholen.

Kleine Mittheilungen.

Aus der guten alten Zeit. Wir hören so vielfach betonen, daß Vagabundage und Bettel gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht hätten, wie früher niemals. Dem gegenüber braucht man nur einen Einblick in die Armenpflege früherer Zeiten zu nehmen. So erstieht man z. B. aus einer Urkunde aus dem Jahre 1716, aus der Zeit, wo Leipzig ungefähr 25000 Einwohner zählte, daß in dieser Stadt 800 Personen ein wöchentliches Almosen, sowie 167 Kinder das Schulgeld empfingen. Neben den wöchentlichen Almosen empfingen 548 Arme Holz, 18 den Hauszins und außerdem 2210 Unterstützungen, darunter 175 in Krankheiten und zum Begräbnis und 5 zum Aufdingen beim Handwerke, so daß die Summe der einheimischen Unterstützten sich auf 3983, fast den sechsten Theil der Bevölkerung, bezifferte. Ebenso bedeutend war auch die Anzahl der Unterstützungen, welche das Almosenamt Fremden gewährte. Die Empfänger waren 1290 Arme aus allen Ländern, 1010 Abgebrannte, 8 Geisteskr. 8 Konvertiten und 55 Sammler für Kirchen, Pfarrgebäude und Schulhäuser, zusammen 2383. Es unterstützte demnach die Stadt Leipzig im Jahre 1716 zusammen 6365 Bedürftige. — Man sieht also, daß in jener Zeit im Verhältnis bedeutend mehr Bettler vorhanden waren, wie jetzt. Das Erinnern an die „gute alte Zeit“ dürfte somit doch wohl den Zweck verfehlen, die Sehnsucht derselben zu erwecken und dadurch der Reaktion Vorwanddienste zu leisten.

Ueber die Gehälter der Bürgermeister in einer Reihe deutscher Städte bringt der „Staatsanzeiger für Württemberg“ einige Angaben, die wir, ohne für ihre Korrektheit eine Verantwortung danach dem obersten städtischen Beamten folgende Gehälter: Berlin 30000 M., Breslau 19000 M., Köln 18000 M., Nürnberg 15000 M., Leipzig 15000 M., Frankfurt a. M. 15000 M., Magdeburg 15000 M., Danzig 15000 M., Düsseldorf 15000 M., Stettin 13500 M., München 12000 M., Erfurt 13000 M., Bremen 12000 M., Halle 12000 M., Regensburg 12000 M., Altona 12000 M., Aachen 12000 M., Köln 12000 M., Bosen 10500 M., Dortmund 10500 M., Krefeld 10500 M., Aif 10000 M., Wiesbaden 10000 M., Augsburg 10000 M., Dresden 10500 M., Chemnitz 10500 M., Hannover 9000 M., Nürnberg 9000 M., Würzburg 8000 M., Regensburg 8000 M., Stuttgart 10000 M., Mannheim 10000 M., Karlsruhe 8000 M., Mainz 12000 M., Darmstadt 8000 M., Oldenburg 7200 M., Schwerin 6000 M.

Ueber die Beschäftigung deutscher Frauen in Nordamerika

Die bekannte Dr. Douai (New-York) in der Züricher Post sehr interessante Mittheilungen, die recht eindringlich beweisen, daß in dem großen „Freistaat“ jenseits des Meeres das System der freien Konkurrenz dasselbe Unheil angerichtet hat, wie in Europa.

Nach Dr. Douai werden nur die weiblichen Diensthöten leidlich bezahlt, doch ist das viele Treppenfleigen beim Reiten und Weltmäden, Aufwarten und Einlassen der Gäste und Boten durch die verschlossenen Hausthüren und beim Wäscheaufhängen auf den Dächern, wo dies meist geschieht, überaus beschwerlich. Das Waschen und Abreiben der Fenster-Scheiben ist häufig gefährlich, da es an der Außenseite so verachtet werden muß, daß man dabei mit dem Rücken nach der Straße oft in großer Höhe auf dem Fensterrahmen sitzen oder stehen muß. Die eingeborenen Mädchen, auch die deutschen, werden den Hausdienst, angeblich weil sie dabei den Würdigkeiten der Männer zu sehr ausgesetzt seien, in der Regel oder deshalb, weil sie in Fabriken und Werkstätten leichtere Arbeit finden, längere Freiheit genießen und häufiger in Männergesellschaft kommen. Die Kaufläden werden größtentheils von Mädchen und Frauen, gewöhnlich Nordamerikanerinnen, bedient, welche dazu sehr gesucht, aber durch das fortwährende, anstrengende Stehen allerlei Krankheiten ausgesetzt sind. Am unglücklichsten sind die Nadelarbeiterinnen daran, welche im Hause Weisknäuelerei, Korsettmacherei, Schneiderei u. s. w. für Großfabriken in unglaublich niedrigen Löhnen verrichten.

Die Frauenarbeit wird auch in Amerika viel schlechter bezahlt als die der Männer, und zwar im Durchschnitt, selbst bei gleicher Leistung, nur halb so hoch. Im letzten Jahrzehnt ist die Verwendung von Frauen in Fabriken erstaunlich gewachsen, so daß jetzt schon bei der Weberei, Zigarren- und Zigarettenfabrikation, Buchbinderi, Wäschekonfektion, im Posamentiergeschäft, der Puymacherei u. ein Drittel der Beschäftigten, wenn nicht mehr, Frauen sind, welche um einen Hungerlohn arbeiten. Dagegen sind geschickte Damenschneiderinnen, welche in den Familien arbeiten und Geschmack haben, äußerst begehrt und gut bezahlt (mit 1-1½ Dollars nebst Kost per Tag) und es sind deren zu wenig vorhanden, da die amerikanischen Frauen sich reicher und sorgfältiger kleiden als die der meisten anderen Völker, und zwar fast ohne Unterschied des Standes und Vermögens. Die Fabrikation künstlicher Blumen war früher fast ganz im Besitz von Französinen; neuerdings, seitdem der kapitalistische Großbetrieb sich dieses Gewerbes bemächtigen konnte, arbeiten darin Frauen und Kinder aller Nationalitäten zu sehr elenden Löhnen und sind dabei großem Schaden an ihrer Gesundheit ausgesetzt; das Produkt aber ist beinahe vollkommen geworden. Durch die neueröffneten Zeichen- und Modellschulen und Malecademien für Frauen sind deren Laufende in das Geschäft der Kunstzeichneri, Modellmacherei, Teppich- und Tapetenmustermacherei, Photographie, Chromotypie und ähnlicher Kunsttechniken gelockt worden, weil sie anfangs guten Lohn fanden; diese Geschäfte sind aber bereits dem Großbetrieb anheimgefallen und die Löhne sinken zusehends. Die Lehrerinnen bilden im ganzen Lande etwa drei Viertel des Lehrpersonals, weil sie, selbst an öffentlichen Schulen, zu halben Löhnen oder Solde arbeiten. Ihre Gehälter belaufen sich auf 15-100 Dollars per Monat, im Durchschnitt aber nicht über 30 Dollars und da diese Frauen als Gattinnen geschätzt sind, so wechselt das Personal alle drei bis vier Jahre zum erheblichen Nachtheil des Schulwesens. Hauslehrerinnen, besonders deutscher Abkunft, kommen immer mehr in Aufnahme, aber ihre Gehälter sind sehr gering und die Behandlung gleich der von Diensthöten. Krankenwärterinnen werden da und dort in öffentlichen Spitälern geschult und bilden im Privat- und öffentlichen Dienst einen ziemlich gut belohnten Stand, welcher aber bei dem tiefen Andrang der Frauen zum Erwerbsehen auch bald überflüssig sein wird.

Unauskömmliche drücken auch Frauen, welche in guten häuslichen Verhältnissen sich bewegen, den Verdienst der Lohnarbeiterinnen dadurch herab, daß sie zu Hause für die Fabriken Handarbeiten aller Art liefern, bloß um sich mehr „Nadelgeld“ für ihren Puz zu verschaffen. Erwachsene Töchter arbeiten so gar häufig außer dem Hause, nur um sich von ihren Eltern unabhängig zu machen und dadurch bringen sie den Unterhalt der Vater allein verdiente und das Familienleben geht dabei total zu Grunde. Ja nicht selten läßt sich das Familien-Überhaupt von Frau und Kindern ernähren, weil es entweder arbeitsunfähig oder arbeitscheu oder doch nur zu gelegentlicher Beschäftigung in anderen, seinem erlernten Berufe ferner liegenden Branchen verwendbar ist.

Politische Uebersicht.

Sie lebt noch! Nämlich die „Neue Zeitung“, das Organ der Nationalliberalen in Berlin. Dieses Blättchen, welches schon als todt, gestorben an der Abonnenten-Schwindsucht, angefangen worden war, wird seine Existenz noch weiter fristen. Wie es heißt, haben sich einige nationalliberale Kapitulanten bereit finden lassen, noch einmal einige tausend Mark zu opfern, um das Blatt noch für einige Zeit über Wasser zu halten. Dieses Opfer wollen die Herren mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen bringen, sie hoffen, daß bei diesen Wahlen für die Nationalliberalen in Berlin ein Mandat zu erlangen ist. Vielleicht bekommt dieses Blatt, welches früher den Titel „Volksfreund“ und dann „Berliner Morgenzeitung“ führte, zu den Wahlen ein neues Fell, um eine größere Anziehungskraft auszuüben. Noch vor einigen Monaten erklärte Herr v. Benda pathetisch: „Der Schaar der nationalliberalen Offiziere in Berlin wird eine stattliche Armee folgen.“ Die Offiziere sind freilich noch da, aber auf die Armee wird der Nationalliberalismus in Berlin verzichten müssen.

Die Spannung zwischen Deutschland und England scheint nunmehr vorläufig beseitigt zu sein. In Bezug auf die Neu-Guineafrage sowohl als auch in Betreff des Kamerungebietes ist eine Einigung zu Stande gekommen. Ein von Benda telegraphisch gemeldeter Vorbericht, wonach Lord Granville wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach das Gebiet vom rechten Ufer des Rio del Rey bis zu der britischen Baptisten-Niederlassung Victoria ausschließlich der englischen Herrschaft überlassen wird. Als Entgelt verleiht Deutschland sich, die englische Oberhoheit über die Delatinsche Inseln und den ganzen Niederdrift anzuerkennen und keine Verträge mit den Hauptstämmen längs dieses Territoriums zu schließen. Der Rio del Rey oder Humboldt liegt im Norden des großen Gibraltars. England verzichtet somit,

abgesehen von der alten englischen Missionsstation Victoria, auf jeden Antheil an dem Kamerungebiete. Damit ist auch die Thätigkeit des Herrn Rogozinski, welcher bekanntlich die Gebirgsgegend, das Hinterland von Kamerun, für England zu erwerben suchte, hinfällig geworden. Ob freilich das gesammte Kamerungebiet unserem Vaterlande großen Nutzen bringen wird, das ist nach den neuesten Erfahrungen mehr denn je zweifelhaft.

Die Erhöhung der Matricularbeiträge für 1885/86 beträgt gegen 1884/85 nach den in dritter Berathung im Reichstage gefassten Beschlüssen, 37 596 708 Mark. Davon entfallen auf Preußen: 22 541 570 Mark, Baiern 4 910 926 Mark, Sachsen 2 456 522 Mark, Württemberg 1 811 258 Mark, Baden 1 424 395 Mark, Hessen 773 721 Mark, Mecklenburg-Schwerin 476 898 Mark, Sachsen-Weimar 255 813 Mark, Mecklenburg-Strelitz 82 856 Mark, Oldenburg 278 868 Mark, Braunschweig 288 692 Mark, Sachsen-Weiningen 171 112 Mark, Sachsen-Altenburg 128 110 Mark, Sachsen-Roburg-Gotha 160 899 Mark, Anhalt 192 197 Mark, Schwarzburg-Sondershausen 58 759 Mark, Schwarzburg-Rudolstadt 66 350 Mark, Waldeck 46 707 Mark, Reuß a. L. 41 963 Mark, Reuß j. L. 83 734 Mark, Schaumburg-Lippe 29 231 Mark, Lippe 99 363 Mark, Lüneburg 52 532 Mark, Bremen 129 504 Mark, Hamburg 375 045 Mark, Elbsaß-Lothringen 1 402 059 Mark.

Dänemark.

Das Folkething hat das Finanzgesetz für 1885/86 in dritter Lesung so genehmigt, wie es in der zweiten Lesung beschlossen war; es bleibt also, trotz aller Einsprüche der Minister, der beinahe 9 Millionen betragende Abstrich bestehen. Das Landsting wird voraussichtlich die Regierungsvorlage wiederherstellen. Der Konflikt ist damit proklamiert. Der 1. April kommt heran, und Dänemark hat kein Finanzgesetz. Darum wird das Ministerium mit Genehmigung des Königs aus eigener Machtvollkommenheit ein Finanzgesetz unter dem schon bekannten Titel „provisorisches Finanzgesetz“ erlassen. Zwar hat das Folkething dieses Vorgehen für verfassungswidrig erklärt, so lange aber das dänische Volk die auf Grund des provisorischen Finanzgesetzes ausgeschrieben Steuern zahlt, fühlt sich Herr Estrup dadurch nicht im Geringsten genirt.

Großbritannien.

Aller Augen richten sich auf die Vorgänge in Afsen, man erwartet jeden Tag die Nachricht von einem Zusammenstoß der russischen mit den afghanischen Truppen. England steht sich bereits nach Bundesgenossen um und sucht deshalb Verträge für sich zu gewinnen. Lord Granville hatte bereits eine Konferenz mit dem russischen Gesandten in London. In England ist man vielfach der Meinung, daß sich mit Verstehen leicht ein Bündniß schließen lasse, welches, während eine englische Armee durch Afghanistan auf Gerat marschire, es einer zweiten englischen Armee ermöglichen würde, die Küsten durch eine Bewegung über persisches Gebiet in der Franke zu fassen. „Standard“ will wissen, daß das englische Kabinet über eingegangene wichtige Depeschen der russischen Regierung heute berathen werde.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit zwei Wahlen im Königreich Sachsen und sagte darüber beachtenswerthe Beschlüsse. Im sächsischen Wahlkreis, wo der Abg. Nerbach gewählt ist, sind einige von Sozialdemokraten einderufene Versammlungen lediglich wegen des politischen Charakters der Einberufung verboten worden. Die Kommission, auch die Konservativen in derselben, war darüber einig, daß ein solches Verbot direkt der Interpretation widerspreche, die der Reichstag dem § 9 des Sozialistengesetzes gegeben habe, und beschloß, das Verbot der Versammlungen für ungerechtfertigt zu erklären. Der Beschluß über die Gültigkeit der Wahl wurde ausgeföhrt. Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Gehlert, dessen Gegenkandidat Max Hirsch gewesen ist, kamen von freisinniger Seite ausgegangene Proteste zur Sprache, die darauf beruhen, daß eine freisinnige Versammlung verboten wurde, weil anstatt des angeklagten Referenten ein anderer das Wort ergriff. Auch dieses Vorgehen der sächsischen Polizei wurde von der Kommission für ganz unberührt erklärt, wenn es auch auf die Gültigkeit der Wahl ohne Einfluß blieb.

Aus Abgeordnetenkreisen verlautet, daß dem Abgeordnetenhaus im Laufe der gegenwärtigen Session der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer Kapitalrentensteuer und die Aufhebung der zwei untersten Klassensteuerstufen wieder zugehen soll, unter Berücksichtigung der in der vorjährigen Kommission beschlossenen Aenderungen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung vom 12. März, Nachmittags 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Boetticher, Stephan, Graf Lerchensfeld u. A., später Fürst v. Bismarck.

Eingegangen ist eine Verordnung des Bundesraths, betreffend die Aufnahme von Anlagen zur Destillation oder zur Verarbeitung von Theer und von Theerwasser in das Verzeichniß der nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen.

Das Haus tritt in die zweite Berathung der Dampfer-vorlage ein, welche die Subventionirung für drei Linien nach Japan, Australien und Afrika mit höchstens 54.000 Mark jährlich verlangt.

Die Kommission hat die Vorlage ganz verworfen. In der ersten Lesung hatte sie aber eine Anlage angenommen, welche die näheren Bedingungen der mit den Unternehmern der Dampferlinien abzuschließenden Verträge enthält. Diese Anlage wird im Plenum jetzt von verschiedenen Seiten wieder ausgenommen, 1. von Graf v. Behr-Wehrenhoff, 2. von v. Helldorff in folgender Fassung:

1. Die Fahrten müssen auf der ostafrikanischen und australischen Linie in Zeitabschnitten von mindestens 4 Wochen stattfinden, auf der afrikanischen Linie mindestens jeden Monat einmal.

2. Die in der Fahrt einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Konstruktion und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Personenbeförderung und Sicherheit den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachsehen.

3. Die Fahrgehindigkeit ist für die Linien nach Japan und Australien auf mindestens 11½ Knoten im Durchschnitt festzusetzen. Für diese Linien ist die Zeitdauer der Reisen von Brindisi oder Neapel ab nach Shanghai und Sidney und zurück nach diesem Verhältniß mit entsprechendem Aufschlag für den Aufenthalt in den anlaufenden Häfen in Stunden mit

einem Abschlag von 1 Knoten pro Stunde für die Fahrt gegen den Monsun zu berechnen.

4. Der Unternehmer ist verpflichtet, entweder bei der Hin- und Rückfahrt an einem belgischen oder holländischen Hafen anzulaufen, oder die dort zur Verladung gestellten Waaren deutscher Provenienz ohne Frachtaufschlag nach dem Abgangshafen des Schiffes überzuführen.

5. Der Unternehmer ist verpflichtet, sofern die bewilligte Summe dazu ausreicht, die Linie Brindisi-Alexandrien bis Triest auszubehnen.

6. In diese Linien einzustellende neue Dampfer müssen möglichst auf deutschen Werften gebaut sein.

7. Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch von der Regierung zu ernennende Sachverständige als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt werden.

8. Für ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrausführung werden entsprechende Abzüge von der Subventionssumme gemacht.

9. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.

10. Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens 12 Monate nach Abschluß der Verträge beginnen.

11. Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten ist, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Kaution aufzuerlegen.

12. Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe dieser Linien dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, z. B. in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w. auferlegen.

2. Die Sozialdemokraten Hasenclever und Genossen beantragen, der Nr. 6 folgende Fassung zu geben: Die in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen neu sein, aus deutschem Material hergestellt werden und ist der Bau derselben bei gleichen Herstellungskosten und gleicher Leistungsfähigkeit deutschen Werften zu übertragen.

3. Kintelen und Rade (Zentrum) wollen in Nr. 3 eine Fahrgehindigkeit von 12 statt von 11½ Knoten festsetzen und die folgenden Nummern so fassen:

4. Die Unternehmer der Hauptlinie (bezw. Hauptlinien) sind verpflichtet, bei der Hin- und Rückfahrt Rotterdam oder Antwerpen anzulaufen.

6. Der Bau neuer Dampfer ist bei gleichen Herstellungskosten und gleicher Zuverlässigkeit der Arbeitsleistung wie bei fremden Werften, den deutschen Werften zu übertragen.

7. Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt sein. Die Ernennung der Sachverständigen erfolgt durch den Reichskanzler. Unter denselben müssen Angehörige der kaiserlichen Marine sich befinden.

9. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Reichspost und die königlich bayerische und württembergische Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.

12. Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, z. B. in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w. auferlegen oder die Subventionssumme entsprechend kürzen.

Ferner beantragen sie, die Nr. 5 fallen zu lassen und folgende neue Nummer aufzunehmen: Dem Reichskanzler oder den von demselben bestimmten Organen steht die Einsicht in die kaufmännischen und nautischen Bücher der subventionirten Unternehmungen offen.

Der Präsident will zunächst den § 1 der Vorlage diskutieren lassen, sodann den § 2 mit den mitgetheilten Anlagen. Auf einen Antrag Richter werden jedoch zunächst die verschiedenen Anlagen berathen und zwar unter Ausschreibung der Nr. 1 und 3, welche sich auf bestimmte Linien beziehen; über diese wird erst nach der Entscheidung über § 1 der Vorlage abgestimmt werden.

Bei dem Eintritt in die Verhandlungen giebt Abgeordneter Richter folgende Erklärung bezüglich der Stellung seiner Partei zu der Anlage überhaupt ab: Wir meinen, daß durch diese Vorschläge, deren Fassung viel zu elastisch ist, die Regierung sehr wenig gebunden wird, und daß sie daher mit wenig Ausnahmen für die Antragsteller nur einen vermeintlichen Werth haben. Andererseits erblicken wir die Gefahr in den Klaukeln, daß sie möglicherweise der Regierung künftig als Handhabe für Rechtsforderungen dienen, indem gesagt wird, daß zur Ausführung des Gesetzes in Gemäßheit der Anlagen die bewilligten Mittel nicht ausreichen. Deshalb haben wir schon in der Kommission gegen die Anlagen gestimmt; und wir werden auch jetzt nur dann für einzelne derselben stimmen, wenn wir dadurch verfahren können, daß andere Bestimmungen angenommen werden, durch welche die Gefahr neuer Rechtsforderungen noch erhöht würde.

Darauf wird zunächst Nummer 2 der Anlage, die in allen drei Anträgen übereinstimmend lautet, ohne Diskussion genehmigt.

Eine eingehende Verhandlung ruft Nr. 4 hervor, die das Anlaufen der Häfen betrifft.

Abg. v. Duol tritt für den Antrag des Zentrums ein im Interesse des südwestdeutschen Verkehrs, für den Rotterdam das wichtigste Ausfahrthafen ist. Sollte sein Fahrwasser nicht tief genug sein, so brauchen unsere Dampfer nicht unmittelbar an der Stadt selbst anzulaufen, wenn man nur durch die Wasserstraße des Rheins unmittelbaren Anschluß an die Dampferlinien erhält. Die Bedeutung des Einmandes, daß man dadurch die Konkurrenz ausländischer Häfen mit Hamburg und Bremen vermindert, muß gegen die südwestdeutschen Interessen durchaus zurücktreten. Die Kosten für die Rheinkorrektion wären nutzlos gemacht, wenn man dem Verkehr auf dem Rhein die Nahrung entzöge.

Staatssekretär v. Boetticher: Schon in den Motiven der Vorlage ist das Anlaufen eines niederländischen Hafens ins Auge gefaßt. Die Regierung ist mit dem Vordredner völlig darin einverstanden, daß wir Vorkehrungen treffen müssen, durch welche alle drei Dampferlinien für die Interessen der süd- und südwestdeutschen Industrie nach Möglichkeit nutzbar gemacht werden. Wir haben nur deshalb keinen bestimmten Preisabofen im Gesetz selbst genannt, weil im Laufe der 15 Jahre, für die wir diese Vorlage machen, die Bedürfnisse des Handels außerordentlich wechseln können, und weil man die Möglichkeit haben muß, solchen Wechseln stets sofort Rechnung zu tragen. Vielleicht gelingt es auch einmal, das Anlaufen der Dampfer an einen niederländischen Hafen für die süddeutsche Industrie durch Eisenbahn-Tarifermäßigungen ganz

entbehrlich zu machen und ihre Waaren direkt nach Hamburg und Bremen zu leiten. Damit würde der Reiterverlust erspart, welchen die Befrachtung in Rotterdam und Antwerpen verursachen würde. Jedenfalls werden wir die süddeutsche Industrie berücksichtigen, sonst würde das ganze Werk halb und unvollständig sein, und wir würden uns die größten Vorwürfe machen müssen. Ich bitte also, von der Festlegung bestimmter Zwischenhäfen im Gesetz abzusehen, wenn ich auch mit der Tendenz des Vorredners vollständig übereinstimme.

Abg. v. Hellendorff erklärt sich namens der deutsch-konservativen Partei für den Antrag des Grafen Behr.

Abg. Daele: Eine so warme, fast begeisterte Aufnahme wie in Süddeutschland hat die Vorlage nirgend gefunden. Die dortigen Handelskammern und Handelsvereine haben weitgehend ihre Zustimmung ausgesprochen, und es ist ganz in der Ordnung, daß der Aufwand für diese Subventionen nicht dem Staat der Postverwaltung, wie in der ersten Vorlage, sondern dem Reichsbank des Innern überwiesen worden und so auch den süddeutschen, dem Postverbande nicht angehörenden Staaten Gelegenheit geboten ist, durch materielle Beiträge ihren Antheil an dem neuen Unternehmen mitzuleisten. Dieser lebhaftige Anhang war natürlich kein ganz uneigennütziger; man rechnet in Süddeutschland auf erhöhten Absatz und direkten Bezug überseeischer Produkte, statt wie bisher durch englische Vermittelung, der man tributpflichtig ist. Die Versicherungen des Herrn Staatssekretärs lassen uns hoffen, daß die berechtigten Interessen des südwestlichen Deutschlands zur Geltung kommen werden, und in dieser Voraussetzung wird die Volkspartei einem Theil der Vorlage zustimmen.

Abg. Stiller wird gegen beide Anträge stimmen. Das Anlaufen der Dampfer in einem niederländischen Zwischenhafen würde eine Zurücksetzung deutscher Häfen gegenüber ausländischen bedeuten. Zu solchen Zwecken dürfe man nicht noch Reichsmittel bewilligen.

Abg. Hammacher: Es kommen nicht nur die Rheederinteressen, sondern auch die Bedürfnisse des Hinterlandes in Betracht, und diese erfordern die Berücksichtigung eines niederländischen Hafens. Es ist das nicht die Bevorzugung eines ausländischen Hafens, sondern nur die Heranziehung eines solchen für das deutsche Interesse. Durch Holland geht jetzt schon ein großer Theil des deutschen Exports. Die Regierung durch Antwerpen oder Rotterdam zu verfrachten, halte ich für falsch. In zwei bis drei Jahren wird z. B. auch Amsterdam vor jenen beiden Häfen den Vorzug haben. Auch Bismarck könnte künftig in Frage kommen, deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Staatssekretär Stephan: Die Regierungen haben die wichtigen Interessen Süddeutschlands und der Rheinschiffahrt keinen Augenblick verkannt. Wenn aber im Gesetz bestimmte Zwischenhäfen festgelegt werden, so wäre das wahrscheinlich eine Fessel, von der wir vielleicht schon nach kurzer Zeit wünschen würden, wieder befreit zu sein.

Abg. Meier (Bremen): Vom praktischen Standpunkt aus raibe ich, es bei der Fassung unseres Antrages zu belassen, daß die Schiffe bei der Hin- und Herfahrt anlegen, oder, wenn sie es nicht thun, verpflichtet sein sollen, die Waaren ohne Mehrkosten nach dem Ausgangshafen zu bringen. Damit haben wir die berechtigten Interessen Süd- und Westdeutschlands vollkommen anerkannt, ohne das Anlaufen der Häfen schlechthin obligatorisch zu machen. Wird das Gesetz, so muß ein Kontrakt mit dem Unternehmer festgesetzt werden, daß jedes Schiff, das hingehet und zurückkommt, in den bestimmten Hafen einläuft. Folge davon ist, daß die Anlaufkosten von ungefähr 3000 M. für Hafengeld u. s. w. ganz ohne Noth und umsonst ausgegeben werden müssen, auch wenn kein einziger Waarenballen aufzunehmen ist. Sind wenig Güter da, so ist es noch immer eine große Ausgabe für den Unternehmer, und er wird sie ganz gewiß hassen. Ist eine bedeutende Gütermasse da, so wird der Unternehmer mit dem Schiff die Waaren holen, falls das Schiff da anlaufen kann. Rotterdam ist ganz besonders von den Herren bevorzugt; sie sagen: da müssen wir hin, unsere ganze Rheinkommunikation geht dahin! In Rotterdam können aber keine Schiffe von mehr als 19 Fuß Tiefgang anlaufen; sind unsere Schiffe, wenn sie beladen sind, tiefer, dann können sie in Rotterdam nicht einlaufen. Die Java-Steamer, die von Rotterdam nach Java gehen, nehmen dort nicht ihre Kohlen ein, sie können es nicht, obgleich sie dort die deutschen Kohlen billiger, zu 11-12 M. einnehmen können, die englischen in Southampton aber, wo sie auch noch das Anlaufen bezahlen müssen, zu 16 M. Gleichwohl nehmen die holländischen Dampfer fortwährend ihre Kohlen in England ein, ein Beweis, daß sie in Rotterdam nicht einlaufen können. Dazu kommt noch etwas Anderes, was auch selbst bei Antwerpen zutrifft; die Leute werden, wenn sie für diese Waare referierte Bläse brauchen, die Bläse belegen, wenn sie zuerst zur Stelle kommen. Es ist hoffentlich nicht unparlamentarisch, wenn ich frage: ist darin Vernunft, daß wir durch Gesetz festsetzen, daß unsere Dampfer in Antwerpen und Rotterdam anlaufen, auch wenn sie keine Waaren für diese Bläse haben? Unser Dampfer muß, wenn er auf der Fahrt nach Hamburg oder Bremen australische Wolle, sagen wir 500 Ballen, als Ladung hat, nach seinem Interesse wählen dürfen, ob er anläuft oder nicht. Bei unserer Plata-Linie geschieht das fortwährend, und bei dieser Freiheit der Wahl fährt die Schiffsahrt und die Expedition süddeutscher Waaren nach Ostafrika gleichmäßig gut.

Abg. Kintelen empfiehlt die Annahme seines Antrags, wonach die Schiffe bei der Hin- und Rückfahrt einen holländischen oder belgischen Hafen anlaufen sollen.

Abg. Graf Behr erklärt, daß er, um nicht unnütze Geschwärmen zu bereiten, dem amendirten Antrage Kintelen zustimmen werde.

Abg. Richter: Es war mir interessant, vom Abg. Hammacher zu hören, daß auf den subventionirten Dampfern nach Australien auch Zement verfrachtet werden soll. Dazu ist die Einrichtung doch wohl etwas kostspielig. Es zeigt das aber nur, welche eigenhändigen Vorrichtungen von dem Werth der Dampferverbindungen nach Australien vorhanden sind. (Auf: Ballast!) Sollen die Dampfer schon von hier mit Ballast nach Australien gehen? So klein habe ich nicht von der mit Millionen zu dotirenden Linie gedacht. Das läßt sich bilden, kann ich mit dem Abg. Sabor sagen. (Große Heiterkeit.) Die Kritik gegen Herrn Stiller würde sich Herr Hammacher wohl eripart haben, wenn er gewußt hätte, daß sein Fraktionsgenosse Meier sich ganz in demselben Sinne äußern würde. Abg. Kintelen hat zwar gesagt, das komme nicht vor. Das mag für Australienfahrer zutreffen, aber die Dampfer der ostafrikanischen Gesellschaft fahren schon jetzt voll beladen. Es ist auch eigenhändig, daß Sie zu solchen Argumenten greifen, die Sie doch größeres Jutrauen zu den Vätern haben als ich. Wenn die Schiffe nun trotzdem in Rotterdam und Antwerpen anlaufen sollen, so wird das nur Kosten verursachen. Man könnte einwenden, daß für die Fracht in Antwerpen und Rotterdam Raum reservirt werden könnte, aber wie das zu erreichen ist, verstehe ich nicht.

Staatssekretär Stephan: Die Regelung dieser Frage dürfte kaum Verlegenheiten bereiten. Es kann das Quantum Waaren, was in Rotterdam oder Antwerpen verfrachtet werden soll, telegraphisch gemeldet werden, und wenn trotzdem ein Theil derselben zurückgelassen werden muß, so ist der Schaden auch nicht groß; dieselben werden dann acht Tage später zur Verladung kommen. Wenn man an solchen Kleinigkeiten Anstoß nehmen will, so wird man zu keiner neuen Einrichtung kommen. Was den zweiten Einwand betrifft, daß durch die Zwischenhäfen die Postverfrachtung verlangsamt wird, so bemerke ich, daß die Dampfer erst von Brindisi aus den Charakter als Postdampfer erhalten. Während der Fahrt durch

die Nordsee und den atlantischen Ozean sind dieselben als reine Frachtschiffe anzusehen.

Abg. Boer mann: Ich finde es eigentlich nicht richtig, daß bei diesem Punkte darüber gesprochen wird, daß die Interessen von Süd- und Westdeutschland und diejenigen der etwaigen Unternehmer oder der Seefräde einander so scharf gegenüberstehen, wie hier behauptet worden ist. Ich meine, die Seefräde oder die Unternehmer werden sich ganz außerordentlich freuen, daß in Süd- und Westdeutschland Neigung vorhanden ist, die dortigen Waaren mit den neu zu errichtenden Dampfschiffen zu verladen. Die englische Linie, welche von Hamburg aus bereits heute nach Holland fährt, bekommt regelmäßige Zusendungen von Antwerpen, welche von Antwerpen nach Holland befördert werden, um von da aus nach dem Kap der Guten Hoffnung befördert zu werden. Ebenso haben andere Linien Kontrakte für Durchfracht für Holland, und zwar zu denselben Preisen, wie sie nach Hamburg oder Bremen verladen. In dem Moment, wo dieses Quantum bedeutend genug ist, wird der Rheeder sofort die Schiffe Antwerpen oder Rotterdam anlaufen lassen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrage zustimmen; ich glaube, er genügt allen Ansprüchen und kann auch den Ansprüchen der rheinischen und westfälischen Industrie in jeder Weise genügen.

Abg. Richter: Herr Staatssekretär Stephan hat recht: durch das Anlaufen eines holländischen oder belgischen Hafens werden die Postsendungen nicht später nach Ostafrika kommen, da dieselben erst in Neapel oder Brindisi aufgegeben werden sollen. Aber das Postinteresse kommt hierbei doch nicht allein in Betracht, sondern auch das Frachtinteresse, und für die Frachten verlängert sich entschieden die Zeit durch das Anlaufen von Zwischenhäfen. Was soll nun geschehen, wenn in Rotterdam oder Antwerpen größere Waarenposten zu verfrachten sind? Herr Stephan sagt, es könne telegraphirt werden. Aber dadurch wird der Lagerraum nicht vergrößert. Herr Stephan hat weiter gesagt, unter Umständen müsse ein Theil der Waaren zurückbleiben. Das ist ein schöner Trost für die, welche auf eine rasche Verfrachtung ihrer Waaren rechnen. Diese Waaren bleiben dann auch nicht nur 8 Tage zurück, sondern 4 Wochen, wenn sie mit einem Postdampfer befördert werden sollen. Ein Beilagen in den Zwischenhäfen wird immer ein bedeutendes Umladen der Waaren zur Folge haben, es wird also das Eintreten, was man immer gegen den Transport auf englischen Schiffen geltend gemacht hat. Ich bitte also, daß Sie sich über den Werth des Kintelen'schen Antrages keiner Täuschung hingeben.

Abg. Kintelen bemerkt, daß seine Auslassung über die Frachten sich nur auf die neuen Dampfer bezogen hätte. Warum will man dieselben subventioniren, wenn sich darauf rechnen ließe, daß dieselben schon im Ausgangshafen volle Ladung finden würden.

Abg. Windthorst bittet dringend, den Antrag Kintelen anzunehmen. Die Forderung eines Zwischenhafens in Holland oder Belgien im Interesse der Rheinlande und des südwestlichen Deutschlands ist ebenso berechtigt, wie die Anlage von Bahnhöfen im Interesse des Verkehrs.

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag Kintelen gegen die Stimmen der Freisinnigen, eines Theils der Sozialdemokraten und der nationalliberalen Abg. Meier (Bremen) und Moermann in folgender Fassung angenommen: Die Unternehmer der Hauptlinie sind verpflichtet, bei der Hin- und Rückfahrt einen holländischen oder belgischen Hafen anzulassen.

Art. 6 wird ohne Debatte angenommen. Zu Nr. 6 fährt der

Abg. Diez (Hamburg) aus, daß mit der Annahme des Antrages der Konservativen oder des Centrums, da thatsächlich nur wenige Firmen bei der Submission in Betracht kommen, im Grunde jede Konkurrenz bei Vergebung der Subvention ausgeschlossen ist. Die Spargen preisen es ja von den Dächern, daß eigentlich der Bremer Lloyd der einzige Bewerber ist, mit dem sogar schon Verhandlungen eingeleitet sind. Wenn vom Staate Unterstüßungen gewährt werden, so muß man wenigstens dafür Sorge tragen, daß auch wirklich etwas Neues, Gutes geliefert werde; nicht daß alles abgefahrenes Material durch Reichsmittel werthvoller gemacht werde. Wir hätten auch gegen eine Vergebung der Subvention an den Lloyd nichts, wenn dieser verpflichtet würde, nur neue Schiffe zu liefern. Ein zweites Moment, das uns bestimmt, nur neue Schiffe zu fordern, ist, daß wir dann Schiffe belämen, die eigens für die Verhältnisse in den Tropen eingerichtet sind. Der Bremer Lloyd besitzt aber nur austragirte Schiffe, die auf nordamerikanischer Fahrt verbraucht sind. Wir verlangen sodann, daß diese Schiffe ausschließlich auf deutschen Werften gebaut werden. Der deutsche Schiffbau liegt jetzt so darnieder, daß es eine Sünde wäre, wenn wir die ausländische Konkurrenz zuließen. Wir bauen auch ebenso gute und ebenso billige Eigenschiffe wie die Engländer, und ich widerspreche dem Geh. Rath Köning, der in der Kommission behauptete, die deutschen Werften seien nicht so leistungsfähig wie die englischen; noch Niemand hat über die Schiffe gesagt, die in Deutschland gebaut sind. Für die Sozialdemokraten ist die Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz, daß nur neue und auf deutschen Werften gebaute Schiffe eingestellt werden dürfen, eine conditio sine qua non; wir müßten sonst gegen das ganze Gesetz stimmen.

Staatssekretär Dr. Stephan: Ich muß der Behauptung des Vorredners entschieden entgegen treten, daß bereits Verhandlungen mit dem Bremer Lloyd wegen Vergebung der in Rede stehenden Leistungen stattgefunden haben. Es ist das absolut falsch. Solche Verhandlungen können ja auch gar nicht eher stattfinden, als bis der Gesetzentwurf die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren erhalten hat. Was dann die Frage neuer Schiffe betrifft, so wäre es unwirtschaftlich, nur neue Schiffe einzustellen zu wollen, wenn bereits im Gebrauch befindliche Schiffe allen Anforderungen und besonders auch den Bedürfnissen der heißen Länder entsprechen. Die französische und englische Regierung stellt den von ihnen subventionirten Linien solche Bedingungen, wie sie der Antrag Diez enthält, nicht. Wenn der Vorredner behauptet, daß die deutschen Werften ebenso leistungsfähig sind wie die ausländischen, so werden dieselben ja in der Konkurrenz volle Gelegenheit haben, ihre Tüchtigkeit zu erweisen.

Geh. Rath Köning: Ich habe in der Kommission nicht behauptet, daß die deutschen Werften nicht leistungsfähig sind, sondern nur, daß dieselben nicht im Stande sind, alle Dampfer, die wir brauchen, in der Zeit von 12 Monaten fertig zu stellen; ich erinnere daran, daß wir je nach der Zahl der Linien, die Sie bewilligen, 12-15 Dampfer brauchen.

Abg. Noebe: Ich bitte Herrn Abg. Diez (Hamburg) auf Punkt 6 nicht so hohen Werth zu legen, um davon die Annahme des Gesetzes abhängig zu machen. Es stehen sehr schwere Bedenken der Forderung gegenüber, daß alle jetzt einzustellenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden sollen. Schiffe, wie wir deren 12 für zwei Linien brauchen werden, sind noch nicht vorhanden, nur eins ist vom „Bullau“ gebaut worden, wir sind also nicht sicher, Schiffe in gehöriger Güte zu bekommen. Es würde der Bau der 12 Schiffe 18 Millionen Mark kosten, es wird genügen, daß die später einzustellenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden müssen. Uebrigens müssen nach Punkt 7 die vorhandenen Schiffe durch Sachverständige auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden. (Während dieser Rede tritt der Reichskanzler in den Saal.)

Abg. Lipler: Es ist anzunehmen, daß bei gleich guten Leistungen die Regierung immer die deutschen Werften den Fremden vorziehen wird; insbesondere darf ich dies von dem Generalpostmeister erwarten. Dadurch aber, daß wir die Nr. 6 in das Gesetz aufnehmen, erschweren wir der Regierung enorm die Verantwortlichkeit. Durch die Konkurrenz mit England

kann die Regierung auch erst erkennen, ob die deutschen Werften das Gleiche leisten. Wenn ein Ausländer von der Submission ausgeschlossen ist, so würde sich vielleicht eine Koalition der deutschen Werften bilden, welche ihrerseits auf die Normirung der Vergebungsbedingungen einen Druck ausüben könnte.

Abg. Hasenclever: Im Großen und Ganzen kommen die Dampfersubventionen nur einigen großen Gesellschaften zu gute. Wir wollen, daß auch unsere Arbeiter einen Vortheil davon haben. Daß die Schiffe neu und auf deutschen Werften gebaut werden, ist aber für die Arbeiter förderlicher, als es sonst die ganze Dampfersubvention ist. Gerade die Konservativen, die immer von der Förderung der nationalen Arbeit sprechen, müßten am ehesten unserem Antrag beipflichten. Der Abgeordnete Lipler will die Regierung nicht, er hat das Vertrauen zur Regierung, daß sie die deutschen Werften schon berücksichtigen wird. Wir haben das Vertrauen nicht. Der konservative Antrag, es sollen die Schiffe möglichst auf deutschen Werften gebaut werden, giebt gar keine Garantie, er legt die Entscheidung in die Hand der Regierung. Der Antrag des Centrums nähert sich dem unsrigen schon mehr; aber es ist darin nicht gesagt, ob die Regierung überhaupt verpflichtet sein soll, neue Dampfer einzustellen. Der Norddeutsche Lloyd hat so viele alte Schiffe, daß er damit noch 15 Jahre auskommen könnte.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich würde bedauern, wenn wegen des Wortes „möglichst“ unserer Gesamtvorlage größere Schwierigkeiten bereitet würden, als ohnehin vorhanden sind. Ich würde meinerseits gern bereit sein, bei den verbündeten Regierungen die Streichung dieses Wortes in dem betreffenden Antrage zu befürworten und die Verpflichtung eingeben, daß das, was neu gebaut wird, überhaupt auf deutschen Werften gebaut werden soll. Es kann in infolge dessen vielleicht die Indienststellung neuer Schiffe etwas längere Zeit erfordern; schlechtere Schiffe müßten wir auf deutschen Werften nicht bekommen, sie werden auf denselben ebenso gut gebaut werden. Ich sehe also keinen Grund, auf diese Klausel des „möglichst“ zu bestehen, die immer noch die von dem Herrn Vorredner bedauerte Fakultät der Regierung übrig läßt, ein erhebliches Gewicht zu legen; und ich glaube, nicht fehl zu geben, wenn ich übernehme, daß die verbündeten Regierungen derselben keinen Vortheil beimeßen, sondern bereit sein werden, die Verpflichtung zu übernehmen, daß alle neu zu erbauenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden sollen. Etwas anders liegt nun die Frage, ob alle Schiffe neu gebaut werden müssen, die in Dienst gestellt werden sollen, ob das gleich von Hause aus der Fall sein soll. Es ist ja ziemlich ungewiß, daß sozialistische als in den von uns beabsichtigten neuen Unternehmungen überhaupt Verwendung finden, im Ganzen werden neu gebaut werden müssen; denn diese Unternehmungen bestehen in Augenblicke nicht und die vorhandenen, jetzt existirenden Schiffe haben im Allgemeinen ihre Beschäftigung, wenigstens so weit, daß sie nicht regelmäßig jahraus jahrein für einen anständigen Dienst in Anspruch genommen werden können. Es ist also wahrscheinlich, daß mit der Zeit — und ich glaube, daß hierzu nicht ein Zeitraum, wie der Herr Vorredner sagt, von 15 Jahren anzunehmen ist — so viel Schiffe auf deutschen Werften, wenn wir das „möglichst“ streichen, neu erbaut werden, als überhaupt in Dienst der neuen Unternehmungen Verwendung finden. Ich kann da dem Herrn Vorredner und seinen Parteigenossen doch zu erwägen geben, daß das Wort wiederum des Guten Feind ist. Wenn von Hause aus der Zwang ausgesprochen werden soll, daß alle Schiffe neu sein müssen, die in Dienst gestellt werden, so kann das möglichweise die Unternehmer, mit denen wir bisher unterhandelt haben, abschrecken. Jedenfalls werden die Kosten dadurch erheblich gesteigert werden. Es kann sein, daß diese gesteigerten Kosten dem Unternehmen noch mehr Segener schaffen, als augenblicklich vorhanden sind, und daß es dann gerade durch diese Steigerung der Kosten ganz fällt. Dann würde die Werftarbeiter noch schlechter gestellt sein, als wenn der Antrag so angenommen wird, wie er jetzt steht, denn dann würden überhaupt für diesen Zweck keine neuen Schiffe gebaut werden und keine Indienststellungen. Also da möchte ich doch empfehlen, daß wir den Bogen nicht zu stark spannen. Wenn der Reichstag bereit ist, auch die Mehrkosten, die dadurch verursacht werden, daß alle Schiffe neu sein müssen, zu bewilligen, ja, dann würden die verbündeten Regierungen sich dem schwerlich widersetzen; ich fürchte aber, daß die Gesahren, die Vorlage abgelehnt zu sehen, gesteigert werden, wenn wir diese Forderung und, wie ich glaube, für den Beginn nicht erforderlichen Bedingungen von Hause aus stellen. Dieses Unternehmen, wie jedes andere, muß sich organisch entwickeln; es kann nicht gleich von Hause aus in höchster Vollkommenheit ins Leben treten. Wenn wir es überhaupt zur Lebensfähigkeit bringen, so lassen sie unsern Börsen im ersten Augenblick immer schwächlich sein und zu manchen Ausstellungen und Defiziten noch Anlaß geben; die werden wir mit der Zeit noch aufbessern. Beilagen wir zu viel, trop ombraße — ich will keine fremden Sitate machen — so sich zu viel vornimmt, läuft Gefahr, gar nichts zu erreichen, und deshalb möchte ich bitten, an dem „möglichst“ keinen Anstoß zu nehmen und das eventuell so anzusehen, als wenn es nicht da stände. Die Forderung aber, daß alle Schiffe von Hause aus neu sein sollen, nicht zu stellen, wenn wir nicht die Gewissheit der neuen Beschäftigung zu geben. (Bravo!)

Abg. Hammacher: Auch ich bitte, nicht zu bestimmen, daß gleich von vorn herein alle Schiffe neu sein müssen. Die deutschen Werfte würden in einem Jahre gar nicht die erforderlichen 16 bis 17 großen Schiffe herstellen können. Es möchte man festsetzen, daß in einer gewissen absehbaren Zeit alle Schiffe der subventionirten Linien solche sein müssen, die eigens zu diesem Zweck gebaut wurden.

Abg. Diez (Hamburg) glaubt, daß es den deutschen Werften sehr wohl möglich sein würde, die nöthige Anzahl von Schiffen in einem Jahre herzustellen.

Abg. v. Hellendorff bittet, den Antrag Behr in der Weise anzunehmen, daß daraus das Wort „möglichst“ gestrichen wird.

Abg. Richter: Da die Regierung gar kein Interesse haben kann, die ausländischen Werften zu bevorzugen, wenn die inländischen gleich leistungsfähig sind, so halte ich die Anträge Behr und Kintelen für überflüssig. Gegen den Antrag Diez stimme ich, weil er die Kosten erhöht und so, wenn auch vielleicht den Werftarbeitern nützen, doch die Gesamtbelastung erhöhen würde.

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Meier (Bremen) persönlich: Die Bemerkungen des Abg. Diez über die Schiffe des Bremer Lloyd sind unmaß und nicht richtig. (Unruhe.)

Präsident v. Wedell-Piesdorff: Das ist nicht persönlich.

Abg. Meier (Bremen): Als Bremer Lloyd spreche ich persönlich. (Große Heiterkeit.) Ich biete dem eine Prämie von 1000 M., der mir beweist, daß die Dampfer irgend einer anderen Linie besser sind als die des Bremer Lloyd. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Das war nicht persönlich. (Heiterkeit.) Das Wort „möglichst“ wird bei der Abstimmung des Antrages Behr gestrichen; in dieser Fassung der Anträge gegen die Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen, und der Antrag Kintelen zurückgezogen.

Nr. 8.
Bei
Abg.
wie es m
Reichsreg
bindungen
der Romm
libre aber
kalt soda
Bevollz
Refer
regierung
erwähnter
des Decis
ist gerege
worden.
Abg.
eine präsi
Kintelen
Nr.
gen o n
Di
nicht geg
pariel a g
Das
zahlung
Am
Boetti
Heinrich
Die
mit dem
Abg.
die Beha
is genot
über nu
betreffend
werden
aufrauf d
meine A
halten u
Sache a
wiederhol
überdem
begehren
kommen.
heuen
nur da
Steuern
Lambau
1875 aus
gots auf
anderen
Minister
der Steu
die Refor
er stellte
Stempel
möglichun
steuer an
ich neuli
wir könn
lassen.
Geh
Erklärung
durch an
beutigen
Struktur
stellen.
Abgeordn
minister
let links.
Der
Bei
jermert
Abg.
ischen Un
das Min
wosogen
indern v
an den G
schien, d
Bestehun
Staat
zomer do
währrg
ich Gele
des Staat
ist. Wir
welche S
die aus
in Flere
lage beg
nach die
leistung
von ihm
Abg.
dieser Pr
hier er
di
halten
das der
in ander
die Aukt
Staates.
Abg.
Gambelst
preiner
leiten
das R
Gienbab
leben s
Belänge
Belteil
angänst
Abg.
entretet
Kaufmar
Rad
Schulgat
Bei
Abg.
irgende
größtes
Abg.
gelebter
bung sei
schleuen
die Leon
in eben
Die
müßig.
Bei
von Ju

74 des R.-Str.-G.-B. beschuldigt, das er gelegentlich eines Verammlungs-Referates über Maßnahmen des Vorstandes der alten (Orts-) Kranken- und Sterbekasse der Maurer begangen haben soll, steht am Sonnabend, den 14. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Roabit bei der zweiten Strafkammer des Landgerichts I (Saal Nr. 49) Audienztermin an. Zahlreiche Entlastungszeugen sind vorgeladen. Auch gegen den gleichfalls aus Berlin ausgewiesenen und jetzt in Halle wohnhaften Tischler, Herrn W. Grothe, findet die Verhandlung in der gegen ihn schwebenden Anklage — soweit wir recht unterrichtet sind, wegen ihm zur Last gelegten Vergehens wider das Sozialistengesetz — am Dienstag, den 17. d. M., Vormittags, beim Landgericht I statt. Herr Rechtsanwalt Freudenthal hat die Vertbeidigung übernommen. Die beiden Angeklagten haben für die Dauer ihrer Prozesse „freies Geleit“ erhalten.

Ist ein Gummischlauch ein gefährliches Werkzeug im Sinne des Gesetzes? Unter dieser Spitzmarke brachten wir vor einiger Zeit ein Referat über eine Gerichtsverhandlung, welche das Resultat hatte, daß die Angeklagte, die verheiratete Arbeiterin Justine Hendje, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, daß sie ihr 8-jähriges Mädchen zu wiederholten Malen mittels eines Gummischlauchs geprügelt hatte und zwar, wie zwei als Hauptbelastungszeugen auftretende Nachbarinnen bekundeten, in einer die Grenzen des Erlaubten weit überschreitenden Weise. Die Verurteilte legte die Berufung ein und wurde gestern vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I — glänzend freigesprochen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hoffmann, hatte eine Menge Entlastungszeugen laden lassen, welche bekundeten, daß das geprügelte Kind wegen seines Hanges zum Diebstahl, sowie wegen sonstiger Untugenden eine viel härtere Bestrafung verdiene, als ihm zu Theil geworden. Da der als Sachverständiger vernommene Arzt auch begutachtete, daß die durch Schlagen mit einem Gummischlauche bewirkten Striemen nicht gefährlicher Natur seien, als solche, die von dem gewöhnlichen Nüchtmittel, einem Rohrstocke, herrühren, so beantragte der Staatsanwalt selbst die Aufhebung des ersten Urtheils und Freisprechung der Angeklagten. Dieser Fall beweist wieder einmal zur Evidenz, wie durch mühsames Geschwätz aus einer Müde ein Elefant gemacht wurde.

Den tapprer Landoldat. Sie heißen Rasmussen, Oleson und Peteren; alle drei waren Dänen, alle drei waren Schuhmacher und alle drei arbeiteten bei einem Meister in Berlin. Am 19. Januar feierte Rasmussen seinen Geburtstag und die drei Freunde sprachen zur Feier des Tages des „Loddy“ wacker zu. Sie geriethen in eine seltene Stimmung und als das Kleeblatt um 11 Uhr auf dem Nachhausewege die Niederwallstraße passirte, da mußte der frohen Laune Luft gemacht werden. Der Wächter horchte hoch auf und dachte sich in die Zeit des Duppelsturmes zurückverlegt, als die vereinten drei etwas heiseren Stimmen nicht gerade schön aber desto deutlicher, das bekannte dänische Nationallied „Den tapprer Landoldat“ durch die Stille der Nacht ertönen ließen. Natürlich bedeutete der Wächter den nordischen Sängern, daß hier in Berlin jegliches „Spektakelmachen“ bei nachtschlafender Zeit verboten sei und als Ruhestörung aufgefaßt würde, entriß er und verwundert hierüber folgten ihm die drei Dänen zur Polizeiwache. Gestern standen sie dieser Uebertretung wegen vor dem Schöffengericht, Rasmussen, der von ihnen am besten Deutsch sprach, führte das Wort und gab zu ihrer Entschuldigung an, daß es erstens ein sehr schönes Lied gewesen, das sie gesungen, zweitens, daß sie etwas angeheitert gewesen und drittens, daß in ihrer Heimath das Singen auf der Straße gestattet sei. Das Schöffengericht verurtheilte die Ausländer höchst milde, indem es jedem eine Geldstrafe von nur 1 M. auferlegte.

Ein blutiges Liebesdrama, welches vor zwei Monaten in Kassel alle Gemüther in Aufregung versetzte, erhielt am 10. März seine gerichtliche Sühne. Der zwanzigjährige Kommissar

Johann Wilhelm Albrecht unterhielt mit der im benachbarten Sandershausen wohnhaften Dorothea Stein ein Liebesverhältnis. Die Stein war ein bildhübsches, üppiges Mädchen von 18 Jahren und so war es ihr nicht schwer geworden, das Herz des zwanzigjährigen Jünglings zu gewinnen. Im Januar erst wurde in ihm der Verdacht rege, daß das Mädchen seiner nicht würdig sei und in sittlicher Beziehung sich Vergehen zu Schulden kommen lasse. Zwar war er früher gewarnt worden, doch hatte er damals der Warnung keinen Glauben geschenkt. Am Abend des 7. Januar wollte er seine Geliebte besuchen, traf sie aber nicht zu Hause, vernahm dagegen von ihrem Vater eine Neugier, die seinen Verdacht zur Gewissheit machte. Allein ging er Nachts in fürchterlicher Erregung zurück und das Unglück führte ihm die heimkehrende Geliebte in den Weg. Der Revolver, den er verhängnisvoller Weise immer bei sich führte, (1) vollzog nach einigem Wortwechsel einen traurigen Dienst. Zwei Schüsse fielen und beim zweiten Schuß, der der Unglücklichen in die rechte Brust gedrungen war, fiel sie ihm in die Arme. Erst kam der Unselige zur Besinnung und zum Bewußtsein seiner schrecklichen That; er trug das schwer verwundete Mädchen, das er zu bereden suchte, sich als Selbstmörderin anzugeben, nach ihrer Wohnung. Die Verwundete aber nannte vor ihrem am 13. Januar erfolgten Tode Albrecht wiederholt als denjenigen, der den tödtlichen Schuß auf sie abgegeben. Das Schwurgericht verneinte die auf Nord gerichtete Schuldfrage, sprach dagegen Albrecht des Todtschlags unter Annahme mildernden Umstände schuldig und verurtheilte ihn zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe.

Koburg, 7. März. Die Strafkammer verhandelte dieser Tage gegen einen 12-jährigen Bauernknaben wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode. Ein sechs-jähriges Mädchen aus Neundorf suchte auf einer Wiese Kräuter und wurde dabei von dem 12-jährigen Sohn des Besitzers der Wiese betroffen. Dieser hegte den Hofhund, den er bei sich führte, auf das Kind. Der Hund, der im höchsten Grade bissig war, durchbiß dem Kinde die Halsschlagader und zerstückte die Wangen und Oberschenkel. Einer Frau gelang es erst dann mit großer Anstrengung den Hund von dem schon in den letzten Hängen liegenden Kinde wegzubringen, als sie sich ein Messer verschafft und mit diesem dem Hunde einen Stich zwischen Nase und Auge versetzt hatte. Das Mädchen war bald darauf eine Leiche. Der Knabe wurde zu einem Monate Gefängnis verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein der Maschinisten und Heizer hält Sonntag, den 15. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, Neue Jakobstraße 24/25 (Schultheis), eine Versammlung für Damen und Herren ab. Vortrag des Ingenieur Herrn W. Richter über die Fortschritte der Photographie, mit Experimenten. Gäste willkommen, neue Mitglieder werden aufgenommen.

Kleine Mittheilungen.

Lauterberg a. S., 11. März. In St. Andreasberg ist heute früh ein fürchterliches Feuer ausgebrochen, dem leider auch mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Das Feuer brach „Im Schlagbaum“, im Hause der Wittwe Janzon, aus und scherte in kurzer Zeit die anliegenden Häuser des Mägenmachers Hartmann und des Bigarrenhändlers Ulrich ein, und ergriff das Haus des Bergschmiedemeisters Fink, ohne bis jetzt (Abends) auf seinen Heerd beschränkt zu sein. Im erstgenannten Hause der Wittwe Janzon sind drei Kinder des Dachdeckersmeisters Großkopf verbrannt.

Brüssel, 11. März. Ein schweres Verbrechen beweist aufs Neue die Verheerung der Gemüther der belgischen Landbevölkerung; in dem Dorfe Rechelen, in der Provinz Limburg, ist ein liberaler Arbeiter Thomassen, welcher sich durch seine Intelligenz und Tüchtigkeit großen Einfluß auf die Einwohner

des Dorfes und seine Umgebung erworben hatte, auf Kränzen von vier Kerkalen in einen Hinterhalt gelockt und durch einen Schärer Bischofs mit Messerstichen ermordet worden. Der Mörder hat im Gefängnis ein offenes Geständnis abgelegt.

Posen, 11. März. Ueber ein angebliches Mitteral auf der Eisenbahn berichtet die „Pos. Bzg.“: „Als der Routierzug der Märkisch-Posener Bahn sich Dienstag, den 10. d. Mts., Morgens, auf der Strecke zwischen Dentschen und Posen befand, wurde plötzlich durch die Zugleine dem Lokomotivführer des Signal zum Halten gegeben, so daß der Zug zwischen den beiden Stationen Neutomischel und Eichenhorst auf freier Felde hielt. Es stellte sich bei Durchsichtigung der einzelnen Eisenbahn-Koupees, daß in einem Koupee 2. Klasse, in dem sich ein einzelner Herr befand, dieser in seinem Blute schwamm. Es war eine Kugel in das linke Auge nach dem Gaumen hin gegangen und war hier stecken geblieben; das eine Fenster des Koupees war geöffnet. Eine Verabugung des Reisenden konnte nicht stattgefunden; doch hing die goldene Uhr des Herrn an der Westentasche heraus; bei demselben wurde ein vollständig geladener sechs-läufiger Revolver gefunden. Ein Aussteigen oder Herabspringen einer fremden Person beim Halten des Zuges war nicht bemerkt worden. Der Schwerverletzte, Schauspieler Fränkel, welcher sich auf der Reise von Berlin nach Koslau befand, erzählte, er habe auf der Fahrt im Halbschlaf bemerkt, wie die Thür seines Koupees geöffnet wurde und es bald dann durch einen Anfall und heftigen Schmerz aus dem Halbschlaf geweckt worden, worauf er sofort nach der Zugleine gegriffen und den Zug zum Stehen gebracht habe. Nachdem der von Dentschen nach Posen durchgehende Zug hier getroffen war, wurde der Verletzte nach einem Hotel gebracht. Die ärztliche Untersuchung der Schußwunde soll ergeben haben, daß die Verletzung lebensgefährlich ist. Bis jetzt ist es der Kriminalpolizei nicht gelungen, zu ermitteln, von wem das Mitteral gegen den Reisenden verübt worden ist. Offenbar ist eine Verabugung desselben beabsichtigt worden, doch scheint der Verbrecher in seinem Vorhaben gescheitert zu sein.“ (In einer anderen Mittheilung über den Vorfall wird der verunglückte Schauspieler A. Paul (vielleicht der Künstlername des Herrn Fränkel) genannt, der früher am Berliner Residenztheater und nachher am Hamburger Thalia-theater wirkte.)

Briefkasten der Redaktion.

N. P. Lauscher Platz. „Nervus rerum“ (vollständig nervus rerum gerendarum) bedeutet „Haupttriebsfeder aller Handlungen und Unternehmungen.“ Im Allgemeinen versteht man darunter: das Geld.

S. F. Raurer. Aus Ihrem Schreiben ist nicht zu sehen, was Sie wünschen, kommen Sie zwischen 12—1 Uhr zu uns in unsere Redaktion.

R. P. Bellealliance-Platz 6 bei Hilscher. Zwei Vettende, Ritterstr. Der Amazonenstrom, wenn auch nicht der längste, so doch der mächtigste Strom der Erde. Er nimmt über 60 Flüsse von der Größe der Weichsel und der Donau auf; sein Stromgebiet beträgt ca. 600 000 Quadratkilometer. Er ist von der Straße von Döbeln bis 7 Kilometer breit und über 40 Meter tief. Bei seinem Austritt hat er eine Breite von ca. 300 Kilometer und ist ungefähr 180 Meter tief. Noch über 290 Kilometer in die Höhe hinein ist seine Fluth bemerkbar.

E. L. Solingen. Wenn die Kaffe schon vor dem 1. Dezember 1884 als freie Hilfsklasse gesetzliche Genehmigung erhalten so kann der Bürgermeister kein Mitglied dieser Kaffe annehmen, eine Zwangskaffe beizutreten. Ein solcher Zwang ist ungesetzlich. Nur diejenigen können dazu gezwungen werden, welche erst nach dem 1. Dezember dieser freien Kaffe beigetreten sind. Die freie Kaffe hat das Recht, zu bestimmen, wer nur gesunde und unter 45 Jahre alte Personen aufgenommen werden sollen.

Theater.

Königliches Opernhaus.
Heute: Der fliegende Holländer.

Königliches Schauspielhaus.
Heute: Die Journalisten.

Deutsches Theater.
Heute: Fiedlo.

Bellealliance-Theater.
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Gasparone.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Walzerkönig.

Residenz-Theater:
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 21. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schulreiterin.

Balhallen-Operetten-Theater:
Heute: Der Feldprediger.

Louisenstädtisches Theater:
Heute: Erstes Gastspiel der Original-White-Star-Minirell. Dazu: Dunkel Bräutigam.

Offend-Theater:
Heute: Das Geheimniß der alten Kamell.

Wallner-Theater.
Heute: Die Sorglosen.

Victoria-Theater.
Heute: Die Töchter des Teufels.

Alhambra-Theater.
Heute: Der Viehhändler von Oberstierreich.

Arbeitsmarkt.

Ein Schuhmacherlehrling wird verlangt Raunigsstr. 32. 520

Mitglieder-Versammlung

der
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerbl. Arbeiter
(örtliche Verwaltung Berlin O. Hallesches Thor)
am Sonntag, d. 15. März, Vormittags 10 Uhr, bei Rothacker, Zeltowerstraße 3.
T.-D.: 1. Statutenberatung. 2. Vorwahl eines Delegierten. Das Mitgliedbuch legitimirt. — Zahlreicher Besuch erwünscht. 523 Der Bevollmächtigte.

General-Versammlung

der
Maurer u. Putzer Berlins
am Sonntag, den 15. März, Vorm. 10 Uhr,
im **Louisenstädtischen Theater**, Dresdenstraße 72.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Kessler. 2. Wahl des Delegierten. 3. Verschiedenes. 518

Am 19. und 20. dieses Monats

Ziehung der Großen Schleischen Lotterie zu Breslau.

2000 Gewinne. Hauptgewinne w. 15 000 Mark. w. 5 000 Mark.
3000 M., 2000 M., 1000 M. u. s. w.

Loose à 3 Mark.
(11 Loose = 30 Mark) empfiehlt
A. Aschenheim, Berlin W.,
Friedrichstraße 85,
zwischen Unter den Linden u. Behrenstraße.

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake.
Echt Nordhäuser Raubtabak.

Berein d. Sattler u. Fachgen.

Sonnabend, den 14., Abends 8 1/2 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstr. 77/79,
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über Zentralisation oder Lokalvereinigung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. — Ausnahme neuer Mitglieder.
524 Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

des
Bereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter
Sonnabend, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstr. 77/79
Tagesordnung:
1. Vortrag des Predigers emer. Rendjora über: Werth und Mehrwerth. 2. Die Verhältnisse in der Weidenslauser'schen Fabrik. Die Kollegen derselben sind anwesend. 3. Verschiedenes und Fragebogen.
Gäste willkommen. — Um pünktlichen und zahlreichem Besuch bittet
[522] Der Vorstand.

Die Nr. 14 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben.

Abfälle von Tuch, Fabel, Kammgarn, Trifol
Wolle kauft F. Quednow, Wienerstr. 11.

Drucksachen

aller Art,
namentlich
Circulaire, Rechnungs- und Quittungsformulare, Adresskarten, Prospekte, Preis-Contante, Brochüren, Statuten und Quittungsbücher, Marken,
sämmliche Formulare für Krankenkassen etc.
werden prompt und preiswerth angefertigt.

Buchdruckerei

MAX BADING

Bouthstrasse 2.